WIRTSCHAFTS
FORUM
DER SPD E.V.

Made in Germany 2030

Eine Transformations- und Industriestrategie für Nachhaltigkeit, Wachstum und Beschäftigung

Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V.:
Dr. Michael Frenzel (Präsident),
Heiko Kretschmer (Schatzmeister),
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin),
Matthias Machnig, Staatssekretär a.D. (Vizepräsident),
Prof. Dr. Ines Zenke (Vizepräsidentin)

Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 5

Warum wir eine Post-Corona und eine Post-Merkel Strategie brauchen 8

Digitalisierung – Treiber der Transformation von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft 12

Die Energiewende vorantreiben, den Übergang in die Wasserstoffwirtschaft ermöglichen– Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern 16

Nachhaltige Mobilität und die Transformation der Automobilindustrie verbinden 21

Resilienz erhöhen, industrielle Gesundheitswirtschaft stärken 25

Ressourcenwende einleiten – Kreislaufwirtschaft aufbauen 28

Innovationen und Investitionen als zentrale Bausteine der Transformation 31

Geistiges Eigentum wieder in Wert setzen 34

Sicherheit durch Wandel und Sicherheit im Wandel 35

Executive Summary

»Made in Germany« war und ist das Label für die hohe Qualität deutscher Produkte und Verfahren, eine etablierte Innovationskultur und einen wettbewerbs- und leistungsfähigen Wirtschaftsstandort. Deutschland gilt nach wie vor als sicherer Investitionsstandort mit qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einer Forschungs- und Entwicklungslandschaft von Spitzenqualität und einem leistungsfähigen und innovativen Mittelstand. Dieses Markenzeichen und auch die Selbstgewissheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, seiner Unternehmen und Beschäftigten geraten aber zunehmend unter Druck.

Die Pandemie hat Schwächen und bislang vernachlässigte Herausforderungen offengelegt – der digitale Nachholbedarf war dabei am augenfälligsten. Allerdings befinden wir uns schon seit der Jahrtausendwende in dem umfassendsten, tiefgreifendsten und schnellsten Wandel unserer Wirtschaft seit Beginn der Industrialisierung. Digitalisierung, Dekarbonisierung, demographischer Wandel und die notwendige Neudefinition der ökonomischen und politischen Rolle Europas stehen vor dem Hintergrund der zunehmenden Konflikte zwischen den USA und China, um die ökonomische und technologische Führungsrolle nun auf der politischen Tagesordnung.

Deutschland und Europa stehen vor der Aufgabe, die Transformation voranzubringen und dabei die Balance zwischen der Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsperspektiven zu realisieren. Nur mit den bisherigen Politiken, sowohl auf europäischer wie auf bundesdeutscher Ebene, wird dies nicht gelingen.

Es ist nun notwendig, in den nächsten Jahren zu einer Neujustierung von Markt, Staat und Unternehmen zu kommen. Europa und Deutschland brauchen einen *dritten Weg*. Denn Europa kann sich weder an der US-amerikanischen noch an der chinesischen Wirtschaftsstruktur- und -kultur orientieren. Es geht um ein intelligentes Zusammenspiel von staatlichen Investitionen und Initiativen, der Förderung von privaten Investitionen und Innovationen und der Etablierung eines ökonomisch-finanziellen Rahmens, in dem sich staatliche Aktivitäten und Initiativen und privates Engagement und Investitionen wechselseitig verstärken, um so die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bestehen. Erforderlich dafür sind neue Allianzen zwischen Staat und Unternehmen und ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben – die Allianzen sollen dabei die Dynamik der Märkte nutzen.

Das vorliegende Papier versucht die zentralen Felder einer strategischen Industrie-, Innovations- und Investitionspolitik herauszuarbeiten, die dabei entstehenden Zielkonflikte zu definieren und Transformationspfade und Instrumente zu benennen.

Es gibt eine Vielzahl von Zieldefinitionen in der deutschen Politik beim Thema Digitalisierung, Dekarbonisierung etc. Allerdings haben sich Zieldefinitionen und Realisierungsschritte zunehmend entkoppelt. Es gibt ein Politik-Gap zwischen Zieldefinitionen, Realisierungsschritten und Pfaden und den dazu notwendigen Maßnahmen. Uns fehlt eine *operative Zielerreichungsstrategie* für die Zukunft des Standorts Deutschland.

Wir gehen in eine Periode, in der der Markt die zu bewältigenden Aufgaben alleine nicht wird lösen können. Der Staat muss, im engen Zusammenspiel mit Unternehmen, Mittelstand und Forschungseinrichtungen, eine Pionierfunktion in zentralen technologischen Transformationsbereichen einnehmen. Nur so wird es gelingen, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und Zukunftsherausforderungen zu meistern, denn Deutschland und Europa haben in den letzten Jahren in zentralen Bereichen an ***strategischer Souveränität*** eingebüßt.

In Deutschland geht es um die Frage, wie das Label »Made in Germany« zukunftsfest gemacht werden kann. Das hier vorgestellte Modernisierungsprogramm »Made in Germany 2030« versucht Antworten darauf zu geben, wovon dieses Land in Zukunft ökonomisch und damit auch sozial leben kann und will.

Für eine nachhaltige Antwort auf die Krise sind folgende Eckpunkte von zentraler Bedeutung

- expansive makroökonomische Rahmenbedingungen,
- industriepolitische Initiativen für bestimmte Leitmärkte und zur Annäherung der nationalen Produktionsmodelle in Europa,
- Stärkung der Forschungs- und Innovationsausgaben der EU, verstärkte Maßnahmen der ökonomischen Integration beim Aufbau eines digitalen Binnenmarktes oder im Dienstleistungssektor etc.,
- Verallgemeinerung des Systems der dualen beruflichen Bildung bei hoher Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems, kostenfreie Fort- und Weiterbildung,
- Weiterentwicklung kooperativer industrieller Beziehungen, Intensivierung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, frühzeitige Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Einführung neuer technologischer Systeme (z.B. KI),
- gemeinsame europäische Anstrengungen bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien zur Digitalisierung, Robotisierung und KI etc.,
- und die soziale Absicherung von Arbeit und neuer Arbeitsformen.

Digitalisierung – Treiber der Transformation von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft

- Eine koordinierte Digitalpolitik entwickeln
- Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur aufbauen
- Eine intelligente Datenpolitik implementieren
- Staat und Verwaltung modernisieren
- Aufbau digitaler Leitprojekte in Europa
- Neue Flexibilitätskonsense in der Arbeit

Die Energiewende vorantreiben, den Übergang in die Wasserstoffwirtschaft ermöglichen – Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern

- Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben
- Übergang in die Wasserstoffwirtschaft ermöglichen
- Die Netze an die geänderten Bedingungen anpassen und ausbauen
- Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern
- Aufbau einer Industrieallianz für die Transformation
- Etablierung eines Transformationsfonds
- Schaffung von fairen Wettbewerbsregeln
- Stärkung von Carbon Leakage Maßnahmen
- Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Projekten mit grünem Wasserstoff
- Stärkung der Nachfrageseite

Nachhaltige Mobilität und die Transformation der Automobilindustrie verbinden

- Standortpolitik für eine nachhaltige Mobilität
- Die Rahmenbedingungen für die Elektrifizierung verbessern
- Für eine effiziente und nachhaltige industrielle Basis und Produktion sorgen
- Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten

Resilienz erhöhen, industrielle Gesundheitswirtschaft stärken

- Mehr Akzeptanz für die Wertschöpfung der industriellen Gesundheitswirtschaft
- Mehr europäische Wertschöpfung: Souveränität in der Gesundheitswirtschaft erhöhen
- Die Med-Tech-Branche stärken
- Schnellere Zulassung und Genehmigungsverfahren
- Bürokratie in der Forschungsförderung und der Verwaltung deutlich reduzieren
- Reform des Datenschutzes und des Zugangs zu Forschungsdaten
- Die steuerliche Forschungsförderung stärken
- Public-Private-Partnerships voranbringen
- VC-Finanzierung stärken
- Integrierte Konzepte zum Schutz kritischer Infrastrukturen auf allen Ebenen und in allen Sektoren verankern
- Das gesamtstaatliche und europäische Krisenmanagement im föderalen System optimieren

Ressourcenwende einleiten – Kreislaufwirtschaft aufbauen

- Etablierung einer Circular Economy und Betonung der Produzentenverantwortung für die Wiederverwertbarkeit von Materialien
- Einführung von Mindesteinsatzquoten für Rezyklate und Schaffung europaweit einheitlicher Standardisierungen
- Über öffentliche Beschaffung die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft ankurbeln
- Realistische Bilanzierung von Ressourcen zur Schaffung eines Level-Playing-Fields
- Abfallexporte reduzieren
- Entfesselungspakt Kreislaufwirtschaft auf den Weg bringen
- Den Einsatz europäischer Förder- und Technologiemittel koordinieren

Innovationen und Investitionen als zentrale Bausteine der Transformation

- Einrichtung eines Transformationsfonds
- Rahmenbedingungen für private Investitionen (insbesondere im Mittelstand) verbessern
- Reform des europäischen Beihilfe- und Wettbewerbsrechts
- Eine investitions- und innovationsorientierte Anhebung des CO_2-Preises
- Neue Finanzierungsinstrumente verstetigen
- Bereitschaft zur Vergabe von Wagniskapital von Kapitalsammelstellen und Co. gezielt stärken
- Leuchtturmprojekte aktiver bewerben und politisches Bekenntnis zur Wachstumsfinanzierung
- Finanzierungsumfeld für Börsengänge verbessern
- Ausbau kapitalgedeckter Altersvorsorge

Warum wir eine Post-Corona und eine Post-Merkel Strategie brauchen

Die deutsche, europäische und sogar die globale Politik wird seit Beginn des Jahres 2020 wesentlich von der Corona-Pandemie und ihrer gesundheitlichen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Einhegung geprägt. Die Pandemie ist eine enorme Herausforderung für Staat und Gesellschaft und ein Stresstest nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern auch für das politische System, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die globale und nationale Wirtschaft.

Wir leben in Deutschland in einer gespaltenen ökonomischen und damit auch sozialen Situation. Einerseits arbeitet die Industrie weiter und dies mit zuletzt durchaus ordentlichen Wirtschaftskennzahlen, getragen von einer guten Exportkonjunktur – die deutschen Unternehmen haben etwa im Februar 2021 ihre Exporte bereits im zehnten Monat in Folge gesteigert.

Auf der anderen Seite sind Wirtschaftszweige wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie, Touristik, die Kultur- und Eventbranche in ihrer Existenz bedroht, insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit ist um 600.000 Personen gestiegen, insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat deutlich zugenommen. Die Insolvenzen werden sich beschleunigen und deutlich zunehmen. Der Binnenkonsum ist schwach. Im letzten Jahr verzeichnete die deutsche Wirtschaft einen deutlichen Konsumeinbruch. Ähnliches wird für das erste Halbjahr 2021 gelten.

Deutschland wird nach Zahlen des IWF 2021 und 2022 ein im Vergleich zu anderen Ländern eher schwaches Wachstum haben, schwächer als die USA, Frankreich, Großbritannien, von China ganz zu schweigen. Deutschland wird das Vorkrisenniveau erst Anfang 2022 wieder erreichen. Auch für Europa wird insgesamt ein eher schwaches Wirtschaftswachstum prognostiziert und es wird so im Wettbewerb der Triade USA, China, Europa weiter an Boden verlieren.

Geopolitisch werden die Spannungen zwischen den USA und China weiter zunehmen. Die Auseinandersetzung um die politische, ökonomische, aber auch die technologische Führungsrolle wird anhalten. Europa und Deutschland stehen politisch, ökonomisch und technologisch vor enormen Herausforderungen angesichts dieses US-Chinesischen-Dualismus. Ökonomische und technologische Abhängigkeiten drohen zu wachsen, und das kann das politische Gewicht und die Souveränität Europas erheblich tangieren.

Gleichzeitig steht die Wirtschaft in den 2020er Jahren vor dem wahrscheinlich tiefgreifendsten, umfassendsten und schnellsten Wandel seit Beginn der Industrialisierung. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demographie und die Stärkung der Resilienz moderner Gesellschaften und Gesundheitssysteme, insbesondere durch Anstrengungen im Bereich der Gesundheit, der Medizintechnik, der Pharmazie, der Biotechnologie und der Pflege, werden dabei die wesentlichen Treiber sein.

In den nächsten zehn Jahren und darüber hinaus sind enorme Anstrengungen notwendig, um die politische und ökonomische Transformation zu bewältigen. Ökonomisch-technologische Souveränität und Stärke wird zu einem immer wichtigeren Faktor – von der Bedeutung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ganz zu schweigen. Aber gerade in vielen technologischen Bereichen dieser Transformation, oder den investiven Notwendigkeiten der ökologischen Transformation, haben Deutschland und Europa erhebliche Schwächen.

In zentralen Zukunftsfeldern wie der Cloud-Technologie, bei digitalen Infrastrukturen und Services, bei der KI, Quantencomputing, Chipherstellung, Softwareentwicklung, Batteriezelltechnologie etc. ist Europa nicht nur nicht führend, sondern gerät zunehmend in technologische und politische Abhängigkeiten trotz durchaus zukunftsfähiger Unternehmen und einer erstklassigen Forschungsinfrastruktur.

Auf der investiven Seite verfügen Europa und Deutschland weder über Unternehmen mit einer Marktkapitalisierung wie Google, Amazon oder Tesla und den damit verbundenen investiven Möglichkeiten, noch über einen Venture Capital- und Private Equity Markt, der hoch-skalierte Zukunftsinvestitionen ermöglicht, oder wie im Falle Chinas über eine strategisch langfristige Technologie- und Industriepolitik, die mit Hilfe von Staatsunternehmen und Staatsbanken finanziert und entwickelt wird.

Daher sind neue Antworten in Europa und Deutschland notwendig. Es geht um ein neues Zusammenspiel von Markt, Unternehmen und Staat. Der Markt und

die Unternehmen werden diese Aufgabe allein nicht bewältigen. Der Staat muss eine Pionierfunktion in zentralen technologischen Transformation-Bereichen einnehmen. Notwendig ist aktives staatliches Handeln im engen Zusammenspiel mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften. Nur so wird es gelingen, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und Zukunftsherausforderungen zu meistern, denn Deutschland und Europa haben in den letzten Jahren in zentralen Bereichen an ***strategischer Souveränität*** eingebüßt.

Die Klimawende kann nur durch ein neues und intelligentes Zusammenspiel von investiven Maßnahmen, intelligenten Markteinführungsprogrammen und technologischen Innovationen, verbunden mit einem ermöglichenden regulatorischen Rahmen, der möglichst viele, auch dezentrale Akteure und Marktteilnehmer zur Mitwirkung befähigt, gelingen. Dazu muss die Politik zentrale Richtungsentscheidungen treffen und dem Markt damit Rechts- und Investitionssicherheit geben. Markt und Forschung allein werden die Klimawende jedenfalls nicht von selbst organisieren. Der Markt allein wird diese Defizite nicht beseitigen.

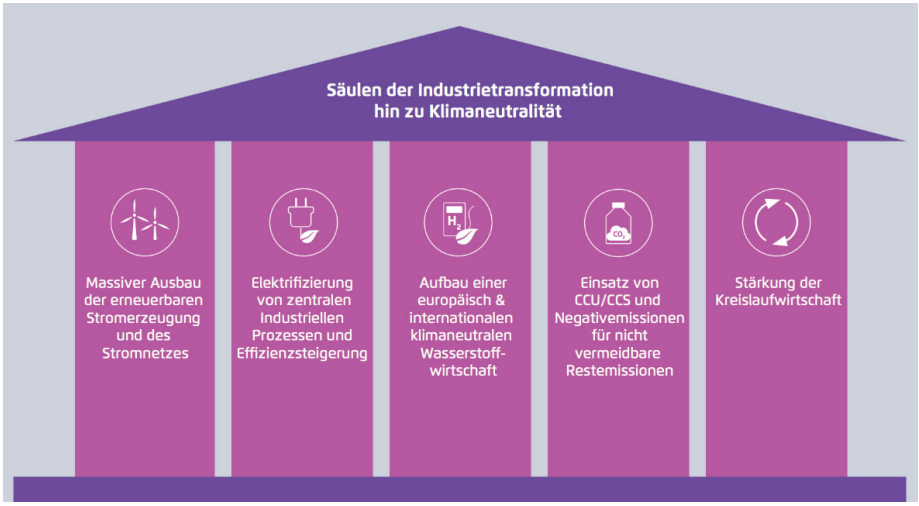
Mit Blick auf die gemeinsamen europäischen Anstrengungen im Rahmen des Green Deals wird das deutsche Klimaschutzziel bis 2030 auf 65 Prozent angehoben. Dieses 65-Prozent-Ziel ist verknüpft mit der weiteren Anhebung der Sektorenziele für den Industrie-, Energie-, Verkehrs-, Gebäude- und Landwirtschaftssektor.

Für das Jahr 2040 ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung ein Zwischenziel von 88 Prozent vorgesehen, im Jahre 2045 soll Deutschland insgesamt klimaneutral sein. Bislang hat Deutschland eine Minderung von 40 Prozent im Jahre 2020 erreicht; dies allerdings nur durch Sondereffekte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die real erreichten Minderungen von 37 Prozent bis 38 Prozent im Vergleich zu 1990 sind wesentlich durch eine De-Industrialisierung in Ostdeutschland nach der politischen Wende und CO_2-Einsparungen durch Low-Hanging Fruits realisiert worden.

In 31 Jahren sind also bislang ca. 37 Prozent bis 38 Prozent erreicht worden. In den nächsten neun Jahren sollen nun weitere ca. 27 Prozent bis 2030 reduziert und bis 2040 – also in 19 Jahren – eine zusätzliche Reduktion von ca. 50 Prozent erzielt werden.

Diese Ziele sind nicht nur ambitioniert, sie stellen alle Sektoren vor enorme Herausforderungen. Bislang sind die Ziele bis 2030 – und erst recht bis 2040 – nur bedingt durch entsprechende Maßnahmen und Instrumente hinterlegt. Um die gesetzten Ziele zu realisieren und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu erhalten, müssen nun bestehende Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene angepasst und die Rahmenbedingungen für den Hochlauf von Zukunftstechnologien weiter verbessert werden. Dabei müssen bisherige Erfolge und Versäumnisse realistisch bilanziert und in ambitioniertes politisches Handeln umgesetzt werden.

Es existiert zunehmend eine Entkopplung von immer ambitionierteren Zielen und entsprechenden Politiken, die diese Ziele realisieren und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung in Deutschland erhalten können. Es gibt ein Politik-Gap zwischen Zieldefinition, Realisierungsschritten, Pfaden und Maßnahmen. Das gilt für alle Sektoren, auch und gerade für die Industrie insgesamt.



Quelle: Agora Energiewende

Um die Ziele zu erreichen, müssen Technologien genutzt werden, die gegenwärtig noch nicht marktgängig und wettbewerbsfähig sind. Zudem muss es ein regulatorisches Umfeld geben, das Investitionen und Innovationen fördert und Investitionssicherheit für die Unternehmen schafft. Notwendig ist ein integraler Politikansatz, der Investitionen fördert (Capex), Betriebskosten abfedert (Opex/ Markteinführungsinstrumente) und eine Regulatorik, die Investitionssicherheit gibt und dabei hilft, auch neue Verfahren und Produkte am Markt zu etablieren. Ein solches integrales Transformationskonzept liegt bislang nicht vor. Dazu müssen Politiken in Brüssel und in Deutschland aufeinander abgestimmt werden.

Die Pandemie hat zudem deutlich gemacht: Wir brauchen massive Anstrengungen, um die Resilienz moderner Gesundheitssysteme zu erhöhen. Dabei spielen die Medizintechnik, die Pharmazie, die Bio- und Gentechnologie eine ganz entscheidende Rolle. Ohne Bio- und Gentechnologie hätte es keine Covid-19-Impfstoffe gegeben, ohne die Pharmaindustrie wäre ein Produktionshochlauf unmöglich gewesen und ohne Medizinprodukte wie Einmalspritzen und Kanülen kann eine globale Impfkampagne nicht funktionieren. Daher ist es notwendig, zu einer Neubewertung von Bio- und Gentechnik und ihrer Bedeutung zur Entwicklung neuer pharmazeutischer Produkte zu kommen. Ohne deren verantwortungsvolle Nutzung und ihren Einsatz werden wir nicht in der Lage sein, die Resilienz unserer Gesellschaften zu erhöhen. Daher brauchen wir dazu endlich den Neustart einer Debatte. Wann, wenn nicht jetzt, angesichts der beeindruckenden Leistungsfähigkeit der Bio- und Gentechnik zur Herstellung von Impfstoffen gegen Covid-19, soll dies möglich sein.

Der Staat muss in den vorher genannten Bereichen eine aktive Rolle einnehmen, er muss den tiefgreifenden ökonomisch-technologischen Strukturwandel durch gezielte Zukunftsinvestitionen und eine entsprechende Industriepolitik im Rahmen einer »Mixed-Economy« nicht nur anstoßen, sondern voranbringen.

Dazu sind sowohl ein neues ökonomisches Denken, aber auch neue ökonomisch-finanzielle Instrumente und eine investitions- und innovationsorientierte Regulatorik in Europa und Deutschland erforderlich. Aus dem Fortschreiben des Status quo ergibt sich keine Zukunft mehr.

Dies ist alles andere als eine einfache Aufgabe, da es um eine Neujustierung des Magischen Vierecks geht, bei der gleichermaßen die ökologische Nachhaltigkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu berücksichtigen sind.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen

- öffentliche und private Investitionen gestärkt,
- die Innovationsfähigkeit des Standortes und der Unternehmen verbessert,
- moderne Infrastrukturen gefördert und implementiert werden,
- eine begleitende Industriepolitik und regionale Strukturpolitik zur Unterstützung des Transformationsprozesses etabliert und
- eine Integration aller Qualifikationspotentiale und -reserven für den Arbeitsmarkt erfolgen.

Magisches Viereck der ökologisch-industriell-sozialen Transformation

Diese fünf »Is« müssen ein zentrales Element des zusätzlich notwendigen, abgestimmten Programms sein und im Zentrum einer zukunftsorientierten Wirtschafts-, Industrie- und Transformationspolitik stehen.

Die Digitalisierung ist für die europäische Wirtschaft die größte Herausforderung. Klassische Kompetenzen der europäischen und deutschen Wirtschaft stehen vor disruptiven Herausforderungen. Ohne eine umfassende digitale Investitions-, Innovations- und gesamteuropäische Regulierungspolitik werden Europa und Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb der Regionen nur schwer bestehen können. Es geht um eine digitale Transformation, für die das deutsche Produktionsmodell mit seiner Ausrichtung auf diversifizierte Qualitätsproduktion durchaus gute Chancen hat. Für die Digitalisierung der Industrie ist eine intelligente Kombination von digitaler Technologie und das tiefe Erfahrungswissen einer qualifizierten Facharbeiterschaft erforderlich.

Eine deutsche und europäische Innovationspolitik muss sich daher auf die Herausforderungen der Transformation, die Veränderung von Geschäftsmodellen, Wertschöpfungsketten, Produkten, Vertriebskanälen und die damit neu entstehenden Leittechnologien und Leitmärkte konzentrieren. Die wirtschafts-, investitions-, innovations- und fiskalpolitischen Instrumente müssen dem Rechnung tragen und hier geeignete finanzielle Schwerpunkte, neue Cluster und Kooperationen auf den Weg bringen. Europa und Deutschland müssen sich auf den Leitmärkten des 21. Jahrhunderts behaupten können.
Eine industriepolitische Strategie ist auch deswegen notwendig, um die Ziele des Green Deal erreichen zu können. Klimapolitische Ziele sind nichts wert, wenn die dazu notwendigen investiven, technologischen und industriepolitischen Instrumente nicht umgesetzt werden. Wer über Klimapolitik redet, darf über Industriepolitik nicht schweigen. Dazu muss ein umfassendes Konzept einer ökologischen Industriepolitik entwickelt werden. Der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Green Deal muss einen Beitrag dazu leisten, dass sowohl die Klimaschutzziele in Europa erreicht werden als auch die ökonomische und technologische Wettbewerbsfähigkeit sowie Beschäftigung und Qualifizierung gestärkt werden. Europa kann seine erklärte klimapolitische Führungsrolle nur dann glaubhaft und akzeptanzsichernd stärken, wenn klimapolitische Maßnahmen, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung Hand in Hand gehen.

Dabei wird es Zielkonflikte geben. Diese müssen offen benannt werden und auch Politiken entwickelt werden, um diese zu minimieren. Eine gerechte Transformation muss gewährleistet sein, der Just Transition Fonds ist dazu ein wichtiger Beitrag und muss konsequent weiterentwickelt werden. Ein Erhöhen der CO_2-Reduktionsziele setzt zwingend eine klare, nachvollziehbare innovations-, industrie- und investitionspolitische Strategie voraus. Nur so kann es gelingen, den notwendigen Umbau erfolgreich zu realisieren.

Industriepolitische Instrumente müssen auch einen Beitrag dazu leisten, neue europäische Ökosysteme, das heißt das vorwettbewerbliche Zusammenspiel von Unternehmen in Bereichen der Schlüsseltechnologien, zu ermöglichen und entsprechende Aktivitäten dieser Unternehmen finanziell gezielt zu unterstützen.

Ein zentraler strategischer Baustein einer industriepolitischen Strategie ist eine Anpassung des europäischen Wettbewerbsrechts an die veränderte globale wirtschaftliche Architektur und deren Machtgefüge. Das betrifft vor allem Möglichkeiten vorwettbewerblicher Kooperation von Unternehmen und die Methodik der Marktabgrenzung.
Um Wertschöpfung und insbesondere auch Arbeitsplätze innerhalb der EU zu sichern, müssen wir auf einen lebendigen unternehmerischen Wettbewerb auf einem globalen Level-Playing-Field setzen. Dazu gehört es unter anderem, den Carbon Leakage-Schutz auf europäischer Ebene sinnvoll und WTO-konform zu ergänzen sowie die Transformation unserer Wirtschaft durch Carbon Contracts for Difference für alle Akteure der Grundstoffindustrie zu fördern, wenn diese im globalen börsenpreislichen Wettbewerb stehen.

Uns geht es um die Zukunftsfähigkeit in Deutschland und Europa und darum, wie Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts seine ökonomische, technologische und soziale Rolle sichern und behaupten kann. Dazu sind neue Politiken, europäisch und national, erforderlich.

Digitalisierung – Treiber der Transformation von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft

Die Digitalisierung wird die Art unseres Lebens, unseres Arbeitens, unserer Kommunikation und unserer Geschäftsmodelle weiterhin grundlegend verändern. Das wird zu umfassenden ökonomischen, technologischen, qualifikatorischen, aber auch kulturellen Veränderungen führen. Dabei stehen unterschiedliche Digitalisierungskonzepte miteinander im Wettbewerb.

Auf der einen Seite ein Digitalisierungsprozess, der von Plattformen geprägt und dominiert wird und deren Datenmacht Herausforderungen für Wettbewerb, Datensouveränität und politische Regulierungsmöglichkeiten darstellt. Auf der anderen Seite ein produktions- und serviceorientierter Digitalisierungsprozess, der technisches Know-how und Service-Know-how nutzen will und so Service-Qualitäten und Produktionsprozesse effizienter entwickeln will.

Dahinter verbirgt sich auch die Auseinandersetzung darum, wo in den nächsten Jahren ein höheres Maß an Wertschöpfung stattfindet: auf der Ebene von Plattformen, die Services und Produkte zu Commodities machen oder auf der Ebene von Produkten und Services und deren intelligenter Vernetzung. Diese grundlegende Auseinandersetzung hat sowohl ökonomisch, gesellschaftlich als auch politisch weitreichende Implikationen.

Die Digitalisierung wird zu massiven Strukturveränderungen führen, in und zwischen Unternehmen, bei Geschäftsmodellen, Produkten und Wettbewerbsbedingungen, für Beschäftigung und Qualifikation.

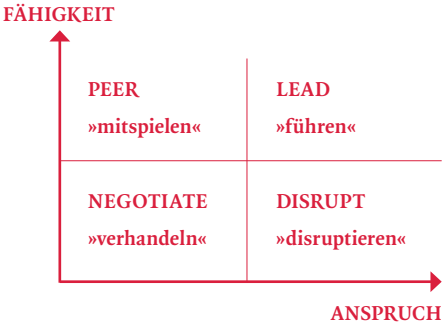
Europa und Deutschland gehören beim Thema Digitalisierung nicht zu den führenden Regionen der Welt. Dies liegt einerseits am mangelhaften Ausbau von breitbandigen Internet-Infrastrukturen, wie zum Beispiel Glasfasernetzen, einer kaum vorhandenen digitalen Vernetzung der öffentlichen Verwaltung und damit kaum vorhandener digitaler Services für Bürgerinnen und Bürger und an einer nach wie vor analogen Bildungslandschaft ohne Breitbandanschlüsse, Tablets oder PCs in den Schulen, von digitalen Lernkonzepten ganz zu schweigen.

Andererseits verfügt Europa über keine wettbewerbsfähigen Plattformen, im Bereich der Software-Entwicklung sind amerikanische und asiatische Länder führend, in den USA und in China wird in die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz ein Vielfaches investiert, das gleiche gilt für die neueste Chip-Technologie oder die Rechner der nächsten Generation.

Ohne digitale Souveränität Europas, das heißt ohne eigenständige Fähigkeiten und Kompetenzen bei digitalen Schlüsseltechnologien, wird Europa keine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft sein können. Ein wichtiger Schritt ist die Finalisierung eines digitalen europäischen Binnenmarktes als Voraussetzung dafür, mehr Skalierbarkeit eigener Geschäftsmodelle zu ermöglichen und die Attraktivität für Ansiedlungen und Investitionen zu erhöhen.

Europa steht vor der Aufgabe, durch gezielte Maßnahmen in den nächsten Jahren seine Digitalisierungsdefizite konsequent zu reduzieren. Darüber entscheidet sich die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen und auch deutschen Wirtschaft. Es geht darum, in Schlüsselbereichen das notwendige Know-how in Europa aufzubauen und in zentralen technologischen Feldern der Digitalisierung über eigenständige Kompetenzen, Unternehmen, Verfahren und Produkte zu verfügen.

Es gibt vier Möglichkeiten bzw. Positionen, im technologischen Wettbewerb zu agieren: »mitspielen, führen, verhandeln oder disruptieren«:



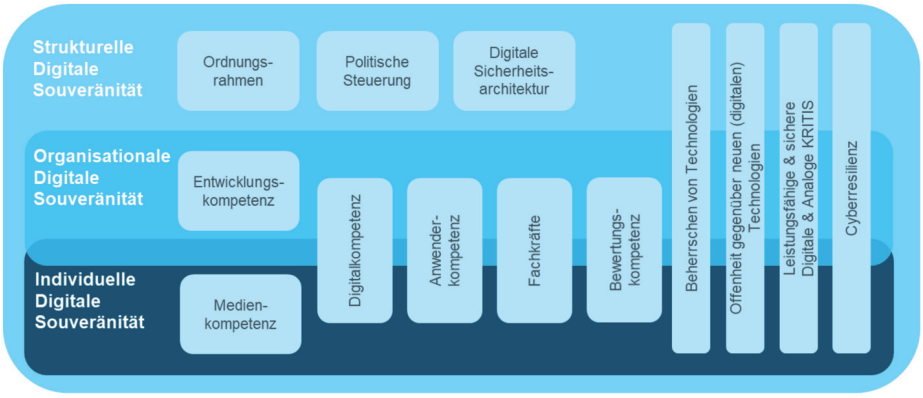
Die *Deutsche Akademie der Technikwissenschaften* (Acatech) hat aus ihrer Sicht digitale Souveränität wie folgt definiert:

- **»Geeignete Technologien und Daten müssen verfügbar sein**, entweder indem diese selbst beherrscht werden oder indem der Zugang zu diesen abgesichert ist, auch in Krisenzeiten.
- **Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und ausreichende Fachkräfte müssen die Kompetenzen besitzen**, digitale Technologien zu bewerten, zu überprüfen und einzusetzen.
- **Der digitale Binnenmarkt der Europäischen Union** muss Unternehmen erlauben, auf digitalen Technologien beruhende Geschäftsmodelle, Produkte und Dienste erfolgreich zu skalieren. Dies erfordert darüber hinaus eine regulatorische beziehungsweise industriepolitische Begleitung, auch um systemische Nachteile wie zum Beispiel das Risikokapitalgefälle zu den USA oder auch beschränkte Marktzugänge in China zu kompensieren.

Das Ziel aller Maßnahmen sollte eine digital geprägte Industrialisierung in Europa und darauf aufbauend eine globale Skalierung der Technologien und damit neuer Wertschöpfung sein. Das würde auch dazu beitragen, die bekannte Transferschwäche Europas trotz erstklassiger Forschung zu überwinden.

Durch eine Bündelung der Ziele und Aktivitäten der relevanten Bereiche sollten digitale Schlüsseltechnologien zukünftig bis zum höchsten Technology Readiness Level begleitet werden.«

Eine digitale Souveränität in Europa muss drei Ebenen umfassen und integrieren:



Quelle: BDI

Nach den Ankündigungen in zurückliegenden Legislaturperioden muss es in der neuen nun endlich darum gehen, die Defizite deutscher und europäischer Digitalisierungspolitik zu beseitigen. Dazu muss die Koordination zwischen Bund, Ländern und der europäischen Kommission verbessert werden. Der Ausbau von Infrastrukturen muss oberste Priorität haben und muss mit einer intelligenten Datenpolitik kombiniert werden. Gleichzeitig sind europäische industriepolitische Projekte im Bereich der Digitalisierung zu entwickeln oder voranzutreiben.

Im Einzelnen heißt das:

Eine koordinierte Digitalpolitik umsetzen

- Die Einrichtung eines Digitalministeriums ist überfällig. Die Digitalpolitik bisheriger Bundesregierungen war vor allem durch Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ressorts geprägt, mit der Konsequenz, dass eine Politik aus einem Guss nie Realität wurde. Das gilt auch für die letzte Legislaturperiode, die zur Einrichtung eines Digitalkabinetts und eines Staatsministerpostens im Kanzleramt geführt hat. Dies hat zu keinerlei Verbesserung der Koordination geführt. Wer die Digitalpolitik wirklich erfolgreich bündeln möchte, muss auch den Mut haben, die Ressortlogik aufzubrechen.
- Aufbau einer Digitalagentur: Die Bundesnetzagentur sollte in zwei unabhängige Agenturen überführt werden – eine für Energie und eine für Digitalisierung. Um die Anforderungen der Digitalisierung zu bewältigen, braucht Deutschland eine leistungsfähige Behördenstruktur in der Regulierung, Programmumsetzung, Marktbeobachtung, Verbraucherschutz für die Digitalisierung etc. zusammengeführt sind.
- Der Staat muss einheitliche Standards definieren, seine Nachfragemöglichkeiten einsetzen und selbst zum Anwender werden. Nach wie vor gibt es in der Bundesrepublik Insellösungen in Bund, Ländern und Kommunen. Das betrifft die Nutzung von Software, Hardware und entsprechenden Services, mit der Konsequenz, dass ein einheitlicher Datentransfer nicht möglich ist und einheitliche Services bei Bund,

Ländern und Kommunen nicht vorhanden sind. Dies muss sich grundlegend ändern, durch ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern und der Nutzung der Nachfragemacht der öffentlichen Hand.

- Der einheitliche europäische digitale Binnenmarkt muss endlich Realität werden. Digitale Geschäftsmodelle lassen sich häufig nur dann entwickeln, wenn es die Möglichkeit zu einer Economy of Scale gibt, das heißt Geschäftsmodelle möglichst schnell in großen Märkten ausgerollt werden können. Das ist in Europa nicht der Fall. Trotz eines nominell einheitlichen Datenschutzrechts mit der DSGVO existieren durch unterschiedliche Anwendung, Interpretation und Vollzug der Datenschutzbehörden de facto trotzdem verschiedene Datenschutzstandards in den EU-Mitgliedstaaten. Deutschland ist durch seine Landesdatenschutzaufsichtsbehörden selbst ein föderaler Flickenteppich. Das blockiert die Implementierung und die Skalierung von Geschäftsmodellen. Dieser Zustand muss endlich überwunden werden.

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur aufbauen

- Gigabit-Netze aufbauen: Deutschland verfügt gegenwärtig erst über 14 Prozent Glasfasernetze, bei einer Gigabit-Anschlussfähigkeit von insgesamt 70 Prozent. Es muss endlich Schluss sein mit der Ankündigungspolitik, der Ausbau muss vorankommen, dazu ist eine realistische Investitionspolitik und richtige Förderpolitik erforderlich. Der eigenwirtschaftliche Ausbau funktioniert häufig schneller und ist deutlich günstiger. Deshalb muss der Ausbau priorisiert werden, denn entsprechende Kapazitäten für Tiefbauarbeiten stehen nur begrenzt zur Verfügung. Ein Universaldienst ist ein nettes Ziel, geht aber an den eigentlichen Notwendigkeiten vorbei.
- Der regulatorische Rahmen muss so entwickelt werden, dass es bei den neu entstehenden Glasfasernetzen einen Open-Access für alle Anbieter gibt und die Konditionen auf diesen Netzen vereinheitlicht werden.
- Bis 2025 sollte ein Sonderprogramm auf den Weg gebracht werden, das alle Gewerbegebiete in Deutschland mit breitbandigem Internet versorgt. Dies muss auf der Prioritätenliste ganz oben stehen.
- In Deutschland und Europa muss ein wettbewerbsfähiges industrielles Ökosystem aufgebaut werden. Europa muss hier eigenständig in der Lage sein, solche Netze aufzubauen. Dazu müssen wettbewerbskonforme Kooperationen ermöglicht werden.

Eine intelligente Datenpolitik implementieren

- Die Verfügbarkeit öffentlicher Daten muss ausgeweitet werden. Die Möglichkeiten, Daten über öffentliche Portale zugänglich und nutzbar zu machen, muss gestärkt werden. So können neue Geschäftsfelder und Geschäftsideen (Open Data) entstehen.
- Rechtssicherheit beim globalen Datentransfer schaffen: Seit dem Schrems-II-Urteil gibt es keinen rechtlich belastbaren Rahmen für international agierende Unternehmen beim Datentransfer mehr. Dieser Zustand muss so schnell wie möglich beendet werden. Dazu müssen die bisherigen Standardvertragsklauseln angepasst, technische Sicherungen eingebaut und ein Privacy-Shield-Nachfolgeabkommen mit den USA ausgehandelt werden. Über einen EU-US Trade and Technology Council muss eine dauerhafte und institutionalisierte Zusammenarbeit stattfinden.
- Datensicherheit gewinnt immer mehr an Bedeutung. Staatliche Stellen müssen dazu verpflichtet werden, systematisch Schwachstellen zu identifizieren, zu schließen und neue Verschlüsselungstechnologien müssen zur Anwendung kommen.

Staat und Verwaltung modernisieren

- Nicht zuletzt die Corona-Krise hat die Defizite in der Verwaltung offengelegt. Hier muss eine ehrliche Problemanalyse stattfinden und Konsequenzen gezogen werden. Die mangelnde Verwaltungsdigitalisierung ist nicht allein ein technischer Rückstand. Sie ist maßgeblich ein Organisationsversagen. Die Kommunikations- und Arbeitsprozesse müssen dementsprechend angepasst, Entscheidungsstrukturen müssen verschlankt und Zuständigkeiten und Kompetenzen klarer geregelt werden. Neue Arbeits- und Managementansätze müssen in der Verwaltung implementiert werden.
- Es muss ein Ökosystem für sichere digitale Identitäten geschaffen werden. Dies muss in einen europäisch-einheitlichen Raum für sichere Vertrauensdienste integriert werden.

Aufbau digitaler Leitprojekte in Europa

In Europa muss es gemeinsame Anstrengungen geben, um in zentralen Technologiefeldern europäische Cluster aufzubauen, die zusammenwirken und so technologische Souveränität in Europa ermöglichen. Dabei sollten folgende Felder im Zentrum stehen:

- Aufbau einer europäischen Cloud. Mit dem Projekt Gaia-X, das wir ausdrücklich unterstützen, sind dabei erste Schritte auf den Weg gebracht worden.
- Die Fördermaßnahmen im Bereich der Mikro- und Nano-Elektronik müssen ausgebaut werden.
- Insbesondere im Bereich der Chip-Herstellung müssen europäische Abhängigkeiten reduziert werden.
- KI muss intensiver gefördert und europäische Cluster entwickelt werden.
- Quantentechnologien müssen in industrielle Anwendungen überführt werden und ein Ökosystem für Blockchain entwickelt werden.
- Die deutsche Industrie muss auf ihrem starken Kern aufbauen und Geschäftsmodelle an die Datenökonomie anpassen. Aus »Made in Germany« muss »Made and operated by Germany« werden. Im industriellen Bereich besteht großes Potential in der Plattformökonomie (P2B).

Neue Flexibilitätskonsense in der Arbeit

- Im Bereich der Arbeit steigt der Bedarf nach flexiblen Arbeitsmodellen durch die Digitalisierung. Hierzu brauchen wir neue Flexibilitätskonsense zwischen den Tarifpartnern und klare tarifvertragliche Regelungen. Darüber hinaus notwendig sind steuerliche Regelungen, die es Mitarbeitern von deutschen Unternehmen auch erlauben, aus einem europäischen Nachbarland für das Unternehmen zu arbeiten.
- Qualifikationsförderungen und lebenslanges Lernen ermöglichen: Die Digitalisierung wird dazu führen, dass Beschäftigten in klassischen Feldern Chancen verloren gehen und die Notwendigkeit von Weiterbildung auch in bestehenden Arbeitsverhältnissen weiterwächst. Dazu müssen entsprechende Rahmenbedingungen und Förderinstrumente durch die Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden.

Die Energiewende vorantreiben, den Übergang in die Wasserstoffwirtschaft ermöglichen – Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern

Die Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaft kann nur gelingen, wenn in den nächsten Jahren der Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben wird und Wasserstoff & Co. zu einem Substitut für fossile Energieträger in Industrie, Mobilität und im Wärmesektor werden. Eine vollständige Dekarbonisierung der Industrie wird ohne den Einsatz von Wasserstoff nicht zu realisieren sein. Für viele Industriezweige gibt es keine realistische technologische Alternative. Dementsprechend müssen der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Sektorkopplung konsequent vorangetrieben werden. Nur so können die Klimaschutzziele in den nächsten Jahren erreicht und die mit der Energiewende verbundenen Wertschöpfungspotenziale realisiert werden.

Bereits heute ist erkennbar, dass Deutschland beim Ausbau der erneuerbaren Energien vor einer erheblichen Stromlücke steht. Der notwendige Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft trägt hierzu bei. Das EWI hat in einer jüngsten Studie errechnet, dass der Stromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 685 Terawattstunden steigen wird. Dies bedeutet einen Zuwachs von 105 Terawattstunden und damit deutlich mehr als von der Bundesregierung prognostiziert, die von 580 Terawattstunden ausgeht. Die Berechnungen machen zudem deutlich, dass das selbst gesteckte CO_2-Reduktionsziel von 65 Prozent durch die geringe Ausbaudynamik nicht erreicht werden kann.

Die zusätzliche Nachfrage wird ganz wesentlich aus dem Bereich der Industrie, der Mobilität und des Wärmebereichs kommen. Allein um das Stahlwerk von ThyssenKrupp in Duisburg auf Wasserstoff-Direktreduktion umstellen zu können, sind ca. 40 Terawattstunden Ökostrom erforderlich. Die vollständige Umstellung der gesamten nationalen Stahlproduktion entspräche einem Äquivalent von ca. 12.000 zusätzlichen Windrädern. Der Bedarf an regenerativem Wasserstoff wird in den nächsten Jahren enorm wachsen. Zusätzlich wird in der chemischen Industrie bis 2050 sechsmal so viel Wasserstoff benötigt werden wie heute. Die Umstellung der gesamten chemischen Industrie würde demnach sogar zu einer Verdopplung des Strombedarfs in Deutschland führen. Gleichzeitig wächst der Druck auf die gesamte energieintensive Industrie, ihren Strombezug nachhaltig aufzustellen, um ihre Produkte auch als nachhaltig hergestellt verkaufen zu können.

Tatsächlich ist die Verdopplung des Bedarfs an elektrischer Energie in Deutschland bis 2050 ein realistisches Szenario. Die gewaltige Nachfrage nach regenerativer Energie und regenerativem Wasserstoff wird allein durch die deutsche Produktion nicht zu decken sein, selbst wenn der Ausbau in den nächsten Jahren ambitioniert vorangetrieben wird. Die Energiewende muss also nicht nur national, sondern auch europäisch und global gedacht und realisiert werden.

Die Bundesregierung prognostiziert allein für Deutschland bis 2030 einen Bedarf von ca. 100 Terawattstunden installierter Wasserstoff-Leistung, was angesichts der aktuell diskutierten Verschärfungen der Klimaschutzziele noch konservativ gerechnet sein dürfte. Demgegenüber steht für den selben Zeitraum ein nationales Elektrolyse-Ausbauziel von fünf Gigawatt installierter Leistung – entsprechend gerade einmal ca. 14 Terawattstunden regenerativer Wasserstoff. Und auch das europäische Ziel, bis zum Jahre 2030 mindestens 40 Gigawatt in Elektrolysekapazität aufzubauen, wird bei weitem nicht ausreichen, um in den nächsten Jahren den notwendigen Bedarf für eine Dekarbonisierung zu decken. Je nach Ausbau- und Ambitionsniveau könnte regenerativer Wasserstoff bis 2050 sogar 13 Prozent bis 24 Prozent des Gesamtenergiebedarfs in der EU ausmachen.[1] Notwendig sind daher auch internationale Projekte und neue Energie-Partnerschaften, eine integrierte Importstrategie und der zügige Aufbau einer leistungsfähigen Transportinfrastruktur für Wasserstoff unter Berücksichtigung der bestehenden Leitungssysteme.

Global existieren gegenwärtig 200 Wasserstoff-Projekte von denen allerdings nur 30 bislang eine halbwegs gesicherte Finanzierung besitzen. 85 Prozent dieser Wasserstoffprojekte liegen in Europa, Asien, Australien, den USA und

1 Vgl. „Hydrogen Roadmap Europa“ (Fuel Cells And Hydrogen Joint Undertaking) bzw. “A hydrogen strategy for a climate-neutral Europe” (EU-KOM).

dem Nahen und Mittleren Osten. Mehr als 30 Länder haben inzwischen eine eigene Wasserstoff-Roadmap entwickelt. Die letzten Wochen und Monate (gerade auch im Zusammenhang mit den IPCEI Projektanträgen) haben gezeigt, dass es in Deutschland ein enormes Interesse an Wasserstoffprojekten gibt und zahlreiche Akteure Projekte von insgesamt über 30 GW anstoßen wollen. Die Dynamik für neue Partnerschaften und die Fortentwicklung neuer Technologien hat ein Niveau erreicht, welches die Energiewirtschaft seit der Liberalisierung der Märkte in den 1990er Jahren nicht gesehen hat.

Das wesentliche Hindernis bei der Realisierung vieler Projekte mit erneuerbarem Wasserstoff sind die erheblichen Preisdifferenzen zu konventionellen Energieträgern. Ohne staatliche Unterstützung kann der notwendige Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bis 2030 nicht realisiert werden, auch wenn die prognostizierten Kostensenkungen eintreten. Ein Mix aus staatlicher Förderung einerseits sowie einer Regulierung, die Investitionen anreizt und Nachfrage stimuliert andererseits ist also unverzichtbar. Gleichzeitig muss für den Übergangsprozess auch blauer Wasserstoff oder Erdgas in H2-Ready Projekten eingesetzt werden können.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und die Dekarbonisierung der Industrie sind wechselseitig miteinander verbunden, müssen Hand in Hand gehen und brauchen synchronisierten Fortschritt in allen drei Bereichen. Ohne einen intelligenten Instrumentenmix, der notwendige Investitionen und Innovationen in den drei Bereichen ermöglicht (CAPEX), ohne ein Abfedern der entstehenden Betriebskosten (OPEX) und ohne ein regulatorisches Umfeld, das den Ausbau unterstützt, können die Klimaziele nicht erreicht werden und wird die Transformation nur schwerlich gelingen.

Zugleich ergeben sich aus dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien erhebliche industrielle Wertschöpfungspotenziale, die mittelbar enormes Potenzial für Wohlstand und Beschäftigung mit sich bringen. Schon bis 2030 könnte die Wasserstoffwirtschaft in der EU entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein Marktvolumen von 150 Milliarden Euro umfassen – das entspricht etwa einer Million (vergleichsweise gut bezahlter) Arbeitsplätze, überwiegend in der Industrie.[2] Bis 2050 könnten sich diese Zahlen noch einmal verfünffachen. Deutschland kann hier seine Stärke als Technologieführer und Industrienation ausspielen und zugleich den Beweis antreten, dass mittels intelligenter Industriepolitik ökonomischer Erfolg, sozialverträgliche Transformation und Klimaschutz miteinander vereinbar werden.

Für die einzelnen Bereiche bedeutet dies:

Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben

- Um im Jahr 2030 im Strommix einen Anteil von 65 Prozent erneuerbaren Strom zu realisieren, muss der Ausbau im Bereich Onshore-Wind auf fünf Gigawatt pro Jahr ausgebaut werden. Dies entspricht nahezu einer Verdoppelung des bisherigen jährlichen Ausbaus. Offshore-Windkapazitäten müssen bis 2030 auf 20 Gigawatt erweitert werden und der Photovoltaik-Ausbau mit fünf bis sieben Gigawatt pro Jahr mindestens verdoppelt werden.
- Um diese Ausbaupfade zu erreichen, sollte ein 2-Prozent-Flächenziel für Windstandorte in jedem Bundesland verbindlich festgelegt werden und der Einsatz von Photovoltaik-Anlagen bei allen Neubauprojekten vorgeschrieben werden.
- Gleichzeitig sind Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Ausgleichszahlungen müssen zugelassen werden. Für Genehmigungsbehörden wiederum bedarf es eines zentralen Stellen- und Expertenpools, bspw. bei der bundeseigenen Partnerschaft Deutschland, um in jedem Genehmigungsprojekt über die erforderliche Expertise zu verfügen. Die immer wieder vorgebrachten Vorschläge zur Beschleunigung sollten durch eine umfassende Studie zeitnah bewertet werden.

2 Vgl. „Hydrogen Roadmap Europa“ (Fuel Cells And Hydrogen Joint Undertaking)

- Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, brauchen wir wettbewerbsfähige Strompreise. Die Abschaffung der EEG-Umlage im Jahre 2025 ist richtig, darüber hinaus sollte die Stromsteuer konsequent auf eine Carbon-Steuer umgebaut werden.
- Die Übertragungsnetzentgelte werden ab 2023 durch einen Bundeszuschuss abgesenkt. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt wettbewerbsfähiger Stromkosten.
- Bislang dürfen EEG-geförderte Strommengen nicht als Grünstrom verkauft werden. Für die Marktintegration der Erneuerbaren und die Absenkung der Fördersätze sollte die Grünheit des Stroms auch aus neuen EEG-Anlagen an den Markt gebracht werden.
- Der Ausbau und die Modernisierung der Übertragungsnetze und der Verteilnetze muss beschleunigt und vorangetrieben werden. Die Digitalisierung, insbesondere der Verteilnetze, bietet erhebliche Chancen für eine effizientere Nutzung des verfügbaren Stroms.

Übergang in die Wasserstoffwirtschaft ermöglichen

Wasserstoff ist ein Schlüssel für die Dekarbonisierung insbesondere der Grundstoffindustrie, also z. B. Stahl, Chemie oder Zement. Dieser Ausbau muss gezielt vorangetrieben werden. Die Bundesregierung hat dafür neun Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Allerdings liegt der Abfluss der Mittel im Promillebereich.

Bislang fehlen für den Ausbau von Wasserstoff-Elektrolysekapazitäten gesicherte Leistung von erneuerbarem Strom und die notwendigen Infrastrukturen zum Transport von Wasserstoff. Außerdem bestehen bislang keine ausreichenden Instrumente, um die erheblichen Kostendifferenzen beim Einsatz Wasserstoff abzufedern. Um den Hochlauf zu ermöglichen, muss daher an diesen Stellen angesetzt werden:

- Errichtung eines *Kompetenzcluster von Wasserstoff* entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zur Realisierung. Dazu sollten auch der Aufbau und die Finanzierung weiterer *Forschungszentren* für Wasserstoff gehören.
- Aufbau einer Gesellschaft im Rahmen einer Public-Private-Partnership, die außereuropäische Wasserstoffprojekte identifiziert und deren Umsetzung politisch, ökonomisch, finanziell und infrastrukturell begleitet und vorantreibt.
- Anhebung der Wasserstoffziele der Bundesregierung. Das in der nationalen Wasserstoffstrategie angestrebte Ziel einer installierten Elektrolyseleistung von fünf Gigawatt bis 2030 bzw. zehn Gigawatt bis 2040 ist nicht ausreichend. Diese Ziele müssen deutlich angehoben werden. Elektrolysekapazitäten sollten von der EEG-Umlage vollständig befreit und die Netzentgelte angepasst werden.
- In H2-Ready-Anlagen sollen als Brückenenergieträger zunächst Erdgas sowie blauer oder türkiser Wasserstoff ausdrücklich zugelassen werden.
- Schaffung einer Investitionszulage für den Aufbau von Elektrolysekapazitäten. Auch für kleine, regionale und dezentrale Projekte sollten niedrigschwellige Förderprogramme eingerichtet werden.
- Erweiterung des bisherigen Gasbegriffs im Rahmen der EnWG-Novelle, so dass im Sinne der voranschreitenden Integration der Netze künftig Erdgas- und Wasserstoffinfrastruktur gemeinsam reguliert und refinanziert werden.
- Gemeinsame Regulierung der Wasserstoffinfrastruktur zusammen mit bestehenden Gas-Infrastrukturen im Rahmen des EnWG, um die bestehende Infrastruktur für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nutzbar zu machen und gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche Finanzierung der Transformationsanstrengungen sicherzustellen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die derzeit auf EU-Ebene in Entwicklung befindliche Gas-Binnenmarktrichtline so ausgestaltet wird, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nicht behindert, sondern aktiv gefördert wird.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern

Die deutsche Industrie ist, mit einem Anteil von 22 Prozent am BIP, ein Rückgrat für den Wirtschaftsstandort Deutschland – zusammen mit industrienahen Dienstleistungen liegt der Anteil bei deutlich über 30 Prozent. Die deutsche Industrie ist ein Innovationstreiber und ein Schlüsselelement beim Erhalt integraler regionaler Wertschöpfungsketten – und damit für den Mittelstand.

Die Transformation der nächsten Jahre muss also so angelegt sein, dass sie Dekarbonisierung und Digitalisierung unterstützt und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung sichert. Dazu brauchen wir eine Industrieallianz für und in Deutschland, die im Zusammenspiel von Bundesregierung und Unternehmen im Industriesektor gemeinsam Rahmenbedingungen und Instrumente zur Unterstützung dieser Transformation definiert und einen verbindlichen Umsetzungsplan vereinbart.

Wir müssen endlich raus aus den Binnenlogiken einzelner Ministerien und der in vielen Bereichen vorherrschenden Selbstblockade und ein gemeinsames Engagement für die Industrie auf der europäischen Ebene erreichen.

In Europa werden gerade eine Reihe von zentralen Themen diskutiert. So werden zum Beispiel die Taxonomie, die Reform des EU-ETS, mögliche Carbon Border Adjustment-Mechanismen oder die Reform des EU-Beihilferechts die Zukunft der Industrie mitbestimmen. Die Bundesregierung muss sich für Maßnahmen einsetzen, die den notwendigen Investitions- und Transformationsbedarf unterstützen und diesen nicht finanziell oder administrativ belasten.

Deshalb braucht es:

Aufbau einer Industrieallianz für die Transformation

- Um die enormen Herausforderungen der Transformation voranzubringen, ist ein koordiniertes und abgestimmtes Vorgehen mit realistischen und zeitlich klar definierten Maßnahmen unverzichtbar. Im Rahmen einer Transformationsallianz von Bund und Industrie sollten zu Beginn der Legislaturperiode die notwendigen Schritte und Maßnahmen, welche für die Transformation notwendig sind, verbindlich vereinbart und deren zeitliche Umsetzung klar definiert werden.

Etablierung eines Transformationsfonds

- Mit dem Fonds sollen für die deutsche Industrie Investitionen angereizt und unterstützt werden, um dadurch erhöhte Betriebskosten auffangen zu können.

Schaffung von fairen Wettbewerbsregeln

- Notwendig ist die strikte Anwendung von Antidumping/Antisubventions-Maßnahmen.
- Die EU-Kommission erörtert gegenwärtig die Einführung eines Carbon Border Adjustment Mechanisms (CBAM). Dabei müssen die handelspolitischen Implikationen genau untersucht werden und eine Einführung nicht zulasten bisheriger Carbon Leakage-Schutzmechanismen gehen.

Stärkung des Carbon Leakage-Schutz

- Wir setzen uns für die weitere Stärkung der erfolgreichen Kombination aus einem innovationsfördernden CO_2-Preis und freien Zuteilungen für Sektoren im globalen Wettbewerb ein. Zusätzlich müssen Maßnahmen zum Schutz vor Carbon Leakage in Handelsabkommen der EU gestärkt werden und internationale Allianzen für einheitliche CO_2-Preise geschlossen werden. Investitionen in »breakthrough« Technologien müssen sich lohnen, daher braucht es sogenannte »Supercredits« für konkrete Investitionsvorhaben in die klimaneutrale Wirtschaft.

- Auch das Gewährleisten eines jetzt schnell aufwachsenden regenerativen europäischen Erzeugungsportfolios ist entscheidend, um der deutschen Industrie genügend grünen Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Projekten mit grünem Wasserstoff

- Carbon Contracts for Difference (CCfD) müssen zu einem festen und dauerhaften Bestandteil des Marktdesigns werden und einen Beitrag dazu leisten, die steigenden Betriebskosten auszugleichen.
- Markteinführungsinstrumente wie CCfDs sollten eingesetzt werden, um die nachhaltige Transformation in allen Sektoren der Grundstoffindustrie zu sichern, die andernfalls Nachteile im internationalen Wettbewerb befürchten müssten. Es muss sichergestellt werden, dass Projekte mit grünem Wasserstoff von zusätzlichen Belastungen (z.B. durch das EEG) freigestellt sind.

Stärkung der Nachfrageseite

- Einführung von verbindlichen Quoten für grüne Grundstoffe in bestimmten Branchen und Produkten.
- In den Sektoren Automobil, Bau, Verpackung und öffentliche Beschaffung muss die Nachfrage nach »grünen Grundstoffen« zielgerichtet angereizt werden. Die Vorreiterrolle Deutschlands auf diesem wichtigen Markt gilt es zu festigen.
- Mit geeigneten Zertifizierungen für grüne Grundstoffe können neue Märkte entwickelt und ein Ordnungsrahmen geschaffen werden, der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit belohnt und eine hohe Fördereffizienz aufweist.

Nachhaltige Mobilität und die Transformation der Automobilindustrie verbinden

Auch der Mobilitätssektor muss sich in den nächsten Jahren grundlegend transformieren. Der gesamte Mobilitätssektor hat im Vergleich zu 1990 bislang kaum einen Beitrag zur CO2-Reduktion in Deutschland und Europa geleistet: Das exponentielle Wachstum im Bereich des Individual- und LKW-Verkehrs übersteigt die Einsparungen durch verbesserte, effizientere Antriebssysteme.

Deshalb ist eine Verkehrswende in Deutschland notwendig, in deren Zentrum neben der CO2-Reduktion vor allem der Ausbau der Verkehrs- und Schienenwege des ÖPNVs sowie ein intelligenter Mobilitätsmix steht, der die jeweiligen Vorteile bestimmter Mobilitätsformen verbindet und unterstützt. Der Modal Split wird und muss sich verändern.

In den nächsten Jahren sind sowohl im Personen- wie im Güterverkehr gezielte Investitionen in den Ausbau der Schieneninfrastruktur notwendig. Die Verlagerung vom PKW auf die Schiene darf nicht nur programmatisches Ziel sein, sondern muss Realität werden.

Dazu müssen die Investitionen bei der Bahn gesteigert, die Produktivität bei der Nutzung durch gezielte Digitalisierungsmaßnahmen von Strecken erhöht und die Service-Qualität der Bahn deutlich verbessert werden. Darüber hinaus muss ein Deutschlandtakt endlich Realität werden. Zusätzlich müssen alle von der Bahn betriebenen Strecken in den nächsten fünf Jahren elektrifiziert werden. Das Volumen der Regionalisierungsmittel muss am Ziel einer Stärkung des Bahnverkehrs orientiert werden. Transeuropäische Verbindungen müssen durch die Wiederbelebung des Trans-Europe-Express vorangetrieben werden.

Neben der Digitalisierung und der höheren Taktung des Bahnverkehrs müssen, um den zukünftig höheren Bedarf zu decken zusätzlich im großen Stil Streckenabschnitte wiederbelebt, neue Strecken gebaut und aktuell bereits stark überlastete Abschnitte – wo möglich – ausgebaut oder durch Tangenten-Trassen entlastet werden.

Dazu muss der Bundesverkehrswegeplan konsequent auf den Ausbau der Schienenkapazitäten ausgerichtet werden und Regulierungen, die Ausbau und Netzinvestitionen aktuell behindern oder verlangsamen, reformiert werden.
Auch der ÖPNV muss in den nächsten Jahren gezielt ausgebaut werden. Das gilt sowohl für Metropolregionen als auch für die bessere Anbindungen in der Fläche, insbesondere von ländlichen Strukturen an regionale Oberzentren. Jobtickets müssen finanziell noch attraktiver werden und Schülerinnen und Schüler sollten endlich kostenfreie Tickets für die Nutzung von Bahn und ÖPNV in der gesamten Fläche der jeweiligen Bundesländer erhalten.

Auch wenn der Ausbau von ÖPNV und Bahn zügig voranschreitet, bleibt der Individualverkehr und der Gütertransport unverzichtbar. Eine moderne Volkswirtschaft kann darauf nicht verzichten, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind vom PKW abhängig, um ihrer Arbeit nachzugehen und werden es auch in Zukunft sein. Eine Stigmatisierung des Individualverkehrs oder die schlichte Gegenüberstellung von ÖPNV oder Individualverkehr gehen an den verkehrs- und gesellschaftspolitischen Realitäten vorbei. Es muss um einen intelligenten Mix unterschiedlicher Verkehrsformen gehen.

Dazu gehört auch ein industriepolitischer Konsens über die Bedeutung und die Transformationsherausforderungen für die Automobil- und Zulieferindustrie in Deutschland. Als bedeutendster Industriezweig ist sie ein Schlüsselelement für integrierte Wertschöpfungsketten in Deutschland, allein zwei Millionen Jobs hängen an der Automobilindustrie. Der Umsatz der gesamten Automotive-Industrie liegt im Bereich einer halben Billion Euro, ihre Unternehmen bieten gut bezahlte Beschäftigung. Zusätzlich heißen die vier Unternehmen, die in Deutschland die höchsten Summen in Forschung und Entwicklung investieren, Volkswagen, Daimler, Bosch und BMW. Rund die Hälfte der im verarbeitenden Gewerbe getätigten Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfielen 2018 auf die Automobilindustrie.

Neue Antriebstechnologien und die dazu erforderlichen Infrastrukturen stehen im Zentrum eines nachhaltigen Individualverkehrs. Kluge Industriepolitik muss staatliche Investitionen, Innovations- und Forschungsförderung, Qualifizierungsmaßnahmen sowie Regulatorik so miteinander verbinden, dass private Investitionen ausgelöst werden und ein stabiler Rahmen für die Autoindustrie in den 2020er- und 2030er- Jahren entsteht. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden.

Bei der Gestaltung der Automobilität der Zukunft stehen die folgenden Ziele und Erwartungen im Zentrum:

- **Antrieb und Fahrzeug:** Energieeffizienz, Emissionsfreiheit, Modularität, Ergonomie, Komfort
- **Energieträger und Speicher:** Kapazität, Sicherheit, Zuverlässigkeit, Robustheit, Altersbeständigkeit
- **Automatisiertes und vernetztes Fahren:** Autonomie, Ausfallsicherheit, Intelligenz, Integration
- **Produktion:** Produktivität, Wandlungsfähigkeit, Kreislaufwirtschaft, Standardisierung
- **Werkstoffe und Materialien:** Robustheit, Gewichtseinsparung, Ressourcenschonung, Kosteneffizienz
- **Infrastruktur:** Verfügbarkeit, Resilienz
- **Mobilität und Logistik:** Interoperabilität, Intermodalität, Flexibilität, Hygiene, Akzeptanz.

Die *Nationale Plattform Mobilität* hat als Ziel ausgegeben, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter im Bereich der Elektromobilität zu machen. Dieses Ziel gilt es weiter mit Nachdruck zu verfolgen.

Die deutsche Automobilindustrie investiert erheblich in die Elektrifizierung. Das zeigt sich nicht zuletzt in der erheblich wachsenden Produktpallette. Die Anteile von rein batterieelektrischen Fahrzeugen und Plug-In-Hybriden sind in den letzten Jahren gestiegen – auch mit Hilfe der staatlichen Förderung bei der Anschaffung eines E-Fahrzeuges.

Das erklärte Ziel der deutschen Automobilindustrie und der *Nationalen Plattform Mobilität* lautet, bis zum Jahr 2030 14 bis 15 Millionen Fahrzeuge batterieelektrische Fahrzeuge auf die Straße zu bringen und im Jahre 2030 den batterieelektrischen Anteil bei den Neuzulassungen auf 70 Prozent zu steigern. Gleichzeitig gibt es weitere Anstrengungen im Bereich der Brennstoffzelle, insbesondere im Bereich des Langstrecken-, Güter- und Busverkehrs. Nur so können die ambitionierten Klimaschutzziele für den Verkehrssektor im Jahre 2030 erreicht werden.

Diese ambitionierten Ziele bedeuten auch, dass auch im Jahre 2030 auf Verbrennungsmotoren nicht verzichtet werden kann. Dies gilt umso nachdrücklicher, wenn man den globalen Automobilsektor betrachtet. Gegenwärtig gibt es einen weltweiten Bestand von ca. 1,2 Milliarden PKWs. Bestimmte Regionen der Welt können und werden angesichts noch bestehender Kostenachteile von Elektrofahrzeugen und fehlender Infrastruktur nicht auf den Einsatz von Verbrennern verzichten. Daher bleiben Anstrengungen für eine Versorgung mit nicht fossilen Kraftstoffen und deren weitere Optimierung und Effizienzsteigerung sinnvoll und notwendig.

Auch in anderen Bereichen der Automobilindustrie sind enorme Investitionen und Innovationen erforderlich. Das betrifft die Nutzung von Künstlicher Intelligenz, modernster Software und Updates *over the air*, die gesteigerte Bedeutung von Leistungselektronik und von Batteriezellen der nächsten Generation, die kostengünstiger, leistungsfähiger und schnellladend sein wird. Darüber hinaus sind enorme Investitionen in die Ladeinfrastruktur, insbesondere im städtischen Bereich, aber auch für das Schnelladen, erforderlich – ohne dass es dafür bislang ein bundesweit einheitliches und umsetzbares Geschäftsmodell gibt. Generell gilt, dass das Laden aus Kundenperspektive bequem und nutzerfreundlich sein sollte. Zusätzlich muss das Laden, insbesondere im privaten Bereich, zuverlässig funktionieren. Batterieelektrische Fahrzeuge können einen Beitrag zur Netzstabilität leisten. Gleichzeitig ist dabei zu gewährleisten, dass Eingriffe der Netzbetreiber in Ladevorgänge mit den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer jederzeit vereinbart sind.

Von dieser Transformation sind nicht nur die OEMs betroffen. Sie stellt eine besondere Herausforderung für die international führende Zulieferindustrie in Deutschland dar. Mit dem Bedeutungsverlust des Verbrennungsmotors wird sich auch der Anteil von Zulieferprodukten für diese konventionelle Technik reduzieren. Damit entsteht für diese Unternehmen die Notwendigkeit, sich technologisch weiterzuentwickeln, sich zu diversifizieren und neue Nischen im sich entwickelnden Batterieelektro- und Brennstoffzellenmarkt zu suchen. Dazu bedarf es auch neuer Kooperationsformen zwischen OEMs und Zulieferindustrie, um die Nachfrageentwicklung nach klassischen Zulieferprodukten und die Schritte zur Transformation zu synchronisieren.

Um die genannten Ziele zu erreichen, ist ein integriertes Transformationsprogramm erforderlich. Dieses Programm muss Investitionen und Innovationen fördern, die Rahmenbedingungen für den Infrastrukturausbau verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise sicherstellen, eine technologieoffene Regulatorik implementieren und Investitionen in die Qualifikation der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie auf den Weg bringen.

Das bedeutet im Einzelnen:

Standortpolitik für eine nachhaltige Mobilität

- Im Rahmen eines Transformationsfonds für die Industrie muss ein spezieller Schwerpunkt für den Bereich der Automobil- und Zulieferindustrie eingerichtet werden.
- Die Abschreibungsbedingungen für Investitionen in die Digitalisierung der Produktion und für Investitionen in die Elektromobilität müssen verbessert werden.
- Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene für ein transformationsorientiertes Emissionshandelssystem für den Mobilitätssektor und gegen Doppelbelastungen aus dem BEHG einsetzen und ein de facto Verbot über überambitionierte Euro-7-Normen verhindern.

Die Rahmenbedingungen für den weiteren Hochlauf der Elektromobilität verbessern

- Ein Schlüssel für einen weiteren Hochlauf der Elektromobilität ist der massive Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur. Ziel muss es sein, bis zum Jahre 2030 eine Million öffentliche Ladepunkte in Deutschland aufzubauen, die Zahl der privaten Lademöglichkeiten deutlich zu erhöhen und eine Schnellladeinfrastruktur im Umfang von 100.000 Ladepunkten bereit zu stellen. Die Förderung von Wall-Boxen sollte aufrechterhalten bzw. verlängert werden. Da in Tiefgaragen von Mehrfamilienhäusern der Aufbau mit deutlich höherem Aufwand und Kosten verbunden ist, sollte es hier spezielle Förderprogramme mit angepasstem Förderrahmen geben.
- Um den Ausbau der Ladeinfrastruktur zu beschleunigen, müssen Geschäftsmodelle vereinheitlicht, Genehmigungsverfahren vereinfacht und immens beschleunigt sowie möglichst bundeseinheitliche Standards für den Betrieb der Ladeinfrastruktur entwickelt werden. Die bisherige Kleinstaaterei muss beendet werden. Wir müssen hin zu einem Nutzererlebnis, das sich vom ungebundenen Tanken an einer Tankstelle nicht unterscheidet. Reservierungssysteme für die Nutzung von Ladesäulen müssen verbindlich werden.
- Verpflichtende Vorgaben zur Einrichtung von Ladeinfrastruktur für Mitarbeiterparkplätze von Unternehmen, in Parkhäusern und auf Parkplätzen müssen bei Neubauten und Renovierung noch ambitionierter als bisher ausgestaltet werden. Zusätzlich braucht es auch verpflichtende Regeln für Neubauten.
- In allen Teilen Europas müssen die Anstrengungen zum Aufbau einer leistungsfähigen Ladeinfrastruktur endlich hochgefahren werden. Bislang verfügen nur vier europäische Länder über entsprechende Ausbaukonzepte, dies muss europaweit verbindlich und einheitlich geregelt werden.
- Die Reichweiten von Plug-In-Hybriden sollten auf 100 km erhöht und die Förderbedingungen entsprechend angepasst werden.
- Stadt- und Raumplanung müssen im Hinblick auf die neuen Infrastrukturnotwendigkeiten besser aufeinander abgestimmt werden.

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe im Verkehr voranbringen

- Um die Marktreife und -einführung der Brennstoffzellentechnologie, insbesondere im Bereich des Langstrecken- und Güterverkehrs sowie für den ÖPNV, voranzubringen, sollten die bestehenden Förderprogramme wie bspw. das NIP ausgeweitet werden.
- Während bei neuen PKW vorrangig auf batteriegetriebene Elektromobilität gesetzt werden sollte, muss auch der aktuelle Flottenbestand durch den zeitlich und mengenmäßig begrenzten Einsatz von synthetischen Kraftstoffen zur Erfüllung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor beitragen. Weil sie mittelfristig die einzige realistische Möglichkeit darstellen, erneuerbare Energien auch im Luftverkehr in erheblichem Umfang einzusetzen, besteht hier kein Risiko für »Stranded Investments«. Im Rahmen der Konsultation der EU-Mitgliedsstaaten zur Renewable Energy Directive III (RED-III) sollte sich die Bundesregierung deshalb dafür einsetzen, dass die Produktion und Distribution synthetischer Kraftstoffe befördert wird. Die Regulierung sollte dabei so gestaltet werden, dass der Hochlauf der Elektromobilität nicht behindert wird.

Für eine effiziente und nachhaltige industrielle Basis und Produktion sorgen

- Die Anstrengungen zum Aufbau einer Batteriezellproduktion in Europa müssen weiter vorangetrieben werden, Projekte europäischer Unternehmen sollten dabei Vorrang haben. Das Instrument zur Förderung der Batteriezellproduktion in Europa (IPCEI) muss fortgeführt und ausgebaut werden.
- Investitionen zum Aufbau eigenständiger Software-Kompetenz inklusive Künstlicher Intelligenz und der notwendigen Chip-Produktion in Europa müssen durch ein entsprechendes IPCEI gefördert werden.
- Die Produktion muss modernisiert werden, das heißt die Modularisierung und Skalierbarkeit muss erhöht werden. Dazu müssen Maschinendaten in der Produktion intensiver genutzt, die Vernetzung von Anlagen erhöht und die Investitionen in Industrie 4.0 gesteigert werden.
- Für Batterien müssen Rahmenbedingungen für eine Second-Life-Nutzung standardisiert und verbessert werden. Konzepte für das Recycling insbesondere der in der Batterie verbauten Materialien und Rohstoffe müssen verbindlich werden, um so die Abhängigkeit von Rohstoffen zu reduzieren.

Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten

- Die Transformation der Automobil- und Zuliefererindustrie wird mit einem Abbau von Beschäftigung in diesen Bereichen einhergehen und auch zu neuen Qualifikationsanforderungen führen. Die Bundesagentur für Arbeit sollte daher ein spezielles Qualifikationsprogramm für die von der Transformation betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickeln.

Resilienz erhöhen, industrielle Gesundheitswirtschaft stärken

Die industrielle Gesundheitswirtschaft, also die Pharmaindustrie, die Biotechnologie und die Medizintechnik, hat in der Corona-Pandemie ihre Bedeutung und Leistungsfähigkeit für die Gesundheitsversorgung gezeigt. Viele kleine und mittlere Unternehmen bilden in diesem Bereich das Rückgrat der Wertschöpfung und sind in ihren Bereichen oft Weltmarktführer. Oft wird die Bedeutung dieser Wertschöpfung aber zu wenig wahrgenommen.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass wir massive Anstrengungen brauchen, um die Resilienz moderner Gesellschaften und ihrer Gesundheitssysteme zu erhöhen. Dabei spielen die Medizintechnik, die Pharmazie, die Bio- und Gentechnologie eine ganz entscheidende Rolle. Ohne Bio- und Gentechnologie hätte es keine Covid-19-Impfstoffe gegeben, ohne die Pharmaindustrie wäre ein Produktionshochlauf unmöglich gewesen und ohne Medizinprodukte wie Einmalspritzen und Kanülen kann eine globale Impfkampagne nicht funktionieren.

Es ist zudem notwendig, zu einer Neubewertung von Life Science, deren Anwendung und Nutzung in Forschung und Entwicklung und der Herstellung von neuen Präparaten und Produkten, zu kommen. Ohne deren verantwortungsvolle Nutzung und ihren Einsatz werden wir nicht in der Lage sein, die Resilienz unserer Gesundheitssysteme zu erhöhen. Notwendig ist mehr Akzeptanz für die Nutzung von Bio- und Gentechnik in der pharmazeutischen Herstellung und deren Produkte.

In der Corona-Pandemie hat sich das Potential der neuen mRNA-Impfstoffe gezeigt, bei denen zwei deutsche innovative Unternehmen (BioNTech und CureVac) am Weltmarkt Spitzenreiter sind. Außerdem ist die Verknüpfung der Chemie-, Pharma- und Medizintechnikindustrie deutlich geworden, da die Impfstoffe durch die Innovation von zum Beispiel Evonik in der Lipid-Produktion und Spritzen ohne Rohstoffe aus der chemischen Industrie gar nicht so schnell in Massen hätten gefertigt werden können. Dadurch ergibt sich ein großes Potential für neue Industriecluster und volkswirtschaftliche Chancen.

Industrielle Gesundheitswirtschaft in Zahlen (Stand 2019)

€	Bruttowertschöpfung 2019: 81,2 Mrd. Euro Rund jeder 5. Euro Bruttowertschöpfung der gesamten Gesundheitswirtschaft wird in der iGW generiert
	53,8 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung werden zusätzlich durch die Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen entlang der Lieferketten in Deutschland geschaffen
	4,1 % Wachstum p. a. (Betrachtungszeitraum: 2007 bis 2018) Gegenüber 3,3 % p. a. Wachstum der Gesamtwirtschaft
	Rund 1 Mio. Beschäftigte Damit ist die iGW einer der größten Arbeitgeber in Deutschland 210.000 neue Arbeitsplätze seit 2010 Mit einem Erwerbstätigen in der iGW ist ein weiteres Beschäftigungsverhältnis in der Gesamtwirtschaft verbunden
	55.000 Beschäftigte in F&E (5,3 % aller iGW-Erwerbstätigen) Durch die direkte Beschäftigung von zwei Personen in der F&E der iGW werden rund drei Arbeitsplätze in der gesamten Volkswirtschaft gesichert Zum Vergleich: Maschinenbau 50.202 / Elektroindustrie 23.849
	15 % F&E-Intensität.[1] Übertrifft das Ziel der „Strategie Europa 2020", dass 3 % des BIP der EU für F&E aufgewendet werden sollen, um das Fünffache. Zum Vergleich: Maschinenbau 6,9 % / Elektroindustrie 6,0 %
	Seit 2010 hat sich das Exportvolumen der iGW mit 48,4 Mrd. Euro auf das 1,7-Fache erhöht Über 90 % des Exports der Gesundheitswirtschaft gehen auf die iGW zurück 7,5 % Anteil der iGW-Exporte an den gesamten Exporten in Deutschland

Quelle: BDI

- **Mehr Akzeptanz für die Wertschöpfung der industriellen Gesundheitswirtschaft:** Ohne eine leistungsfähige Gesundheitsinfrastruktur und eine leistungsfähige industrielle Gesundheitswirtschaft wären die Folgen der Corona-Pandemie unabsehbar gewesen. Moderne Gesellschaften – das hat die Pandemie gezeigt – werden auch in Zukunft vor einer Vielzahl von neuen gesundheitlichen Herausforderungen stehen, wie zum Beispiel neue Virusvarianten, und es gibt einen hohen Bedarf an neuen Therapieformen zur Bekämpfung anderer weit verbreiteter Volkskrankheiten. Kein Land darf zurückgelassen werden. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, spielen die Life Sciences sowie die Bio- und Gentechnik eine zentrale Rolle. Der BioNTech Impfstoff wäre ohne die Nutzung der neuen Kenntnisse und Verfahren der Bio- und Gentechnik undenkbar. Die weit verbreitete Skepsis in Politik und Öffentlichkeit gegenüber gen- und biotechnologischen Verfahren muss daher überwunden werden. Die Potentiale solcher Verfahren können erst durch mehr risikoadäquate und innovationsorientierte Rahmenbedingungen vollständig genutzt werden. Es bedarf eines Forschungssystems, in dem kooperativ zusammengearbeitet wird und Bio- und Gentechnikcluster gefördert und unterstützt werden.
- **Mehr europäische Wertschöpfung:** Souveränität in der Gesundheitswirtschaft erhöhen: Deutschland war einst die Apotheke der Welt. Auf diese Vergangenheit wird in diesen Tagen vermehrt hingewiesen. Wer auf die pharmazeutische Industrie schaut, wird erkennen, dass europäische und deutsche Anbieter im Vergleich zu den großen amerikanischen und englischen Pharmaindustrien eher klein strukturiert und in Nischenmärkten unterwegs sind. Die Pandemie hat gezeigt, dass internationale Kooperation notwendig ist, gleichzeitig aber auch Abhängigkeiten deutlich gemacht, die dazu führen, dass große Länder und große pharmazeutische Akteure die Terms of Trade definieren. Notwendig ist daher eine Besinnung darauf, wie in Deutschland und Europa wieder leistungsfähigere, stärkere Pharmaunternehmen etabliert werden können, um so mehr europäische Souveränität zu ermöglichen. Dazu ist eine europäische Pharma-Initiative notwendig, die den Aufbau europäischer mRNA-Industriecluster fördert und neue Finanzierungsinstrumente etabliert sowie die wettbewerbs- und beihilferechtlichen Beschränkungen grundlegend verändert.
- **Die Med-Tech-Branche stärken:** In der MedTech-Branche gibt es allein in Deutschland 12.500 Unternehmen, davon viele KMUs und oftmals Weltmarktführer. Kooperation und die Verringerung von Abhängigkeiten spielen auch in diesem Bereich eine große Rolle – das hat die mangelnde Verfügbarkeit von persönlicher Schutzausrüstung (PSA), Pumpen und Beatmungsgeräten für die Intensivstationen eindrucksvoll gezeigt. Auch der Medtech-Sektor ist abhängig von (Rohstoff-)Zulieferern, weshalb eine Diversifizierung der Supply Chain nötig ist. Auch dieser Bereich muss in den nächsten Jahren gestärkt und gefördert werden.
- **Schnellere Zulassung und Genehmigungsverfahren:** Ein internationaler Vergleich der Zulassungsverfahren von Arzneimitteln zeigt, dass Europa in diesem globalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig ist. Die Zulassung von Arzneimitteln dauert in den USA im Durchschnitt 220 Tage, in Europa mit 420 Tagen fast doppelt so lang. Daher müssen die bisherigen Verfahren in Europa und Deutschland grundlegend überprüft werden. Notwendig ist eine risikoadäquate Beschleunigung der Verfahren. Die Pandemie hat in Einzelfällen gezeigt, dass und wie das möglich ist. Ein solches Vorgehen muss zukünftig zum Standard in den Zulassungsverfahren werden. Dazu ist der gezielte personelle Ausbau in den Genehmigungsbehörden ein zentraler Baustein.
- **Bürokratie in der Forschungsförderung und der Verwaltung deutlich reduzieren:** In Deutschland wird häufig auf die differenzierte F&E-Förderung in der Medizintechnik verwiesen. In der Praxis bedeutet dies allerdings, dass gegenwärtig zwischen 60 und 70 Prozent aller F&E-Mittel für Bürokratie, das heißt im Wesentlichen

für das Reporting an die F&E-Vergabestellen, aufgewendet werden – also mehr als zwei Drittel der Forschungsmittel für Dokumentation! Ein solches System verschleudert Ressourcen und blockiert Innovationen und die Einführung neuer Produkte. Benchmark in Europa sollte zukünftig das in den USA etablierte System der Food & Drug Administration sein, die innerhalb von 90 Tagen auf eine eingereichte Medizinprodukteregistrierung zu reagieren hat. In Europa sind dazu teilweise ein Jahr und länger notwendig. Darüber hinaus ist eine gezielte Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für neue Produktionskapazitäten notwendig. Die europäischen Behörden müssen reformiert werden. Insbesondere die entstehende European Health Emergency Response Authority (HERA) muss auf das gleiche Niveau wie die Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA), was die finanziellen Kapazitäten und eine quantitativ leistungsfähigere Personalstruktur betrifft, gebracht werden. Durch die BARDA konnten die USA schneller auf die Anforderungen bei der Impfbeschaffung und der Impfpraxis reagieren.

- **Reform des Datenschutzes und des Zugangs zu Forschungsdaten:** Der Zugang zu Forschungsdaten ist ein Schlüssel für die Forschung und die Entwicklung neuer pharmazeutischer Produkte und Verfahren. Wer schnellere Verfahren und bessere Produkte will, muss den Zugang zu persönlichen Daten und Forschungsdaten verbessern und den bürokratischen Aufwand deutlich verringern. Wer in Deutschland zum Beispiel eine bundesweite klinische Studie auf den Weg bringen will, braucht 17 Genehmigungen, eine vom Bund und 16 von den Ländern. Deswegen ist ein bundeseinheitliches medizinisches Datenschutzrecht unverzichtbar und eine einheitliche Umsetzung des §287a SGB V in den Ländern erforderlich. Darüber hinaus brauchen wir auch europäische Regelungen, die einen Zugang zu aggregierten Gesundheitsdaten für die Branchen der industriellen Gesundheitswirtschaft möglich macht. Der European Health Data Space muss in den nächsten Jahren erweitert werden.
- **Die steuerliche Forschungsförderung stärken:** Die steuerliche Forschungsförderung muss verbessert und ausgebaut werden. Die bisherige Deckelung sollte aufgehoben werden und stattdessen ein prozentualer Anteil für spezifische Forschungsprojekte festgelegt werden. F&E-Aktivitäten sollten steuerlich angerechnet werden und der Umsatzsteuersatz für Medizinprodukte auf einheitlich sieben Prozent abgesenkt werden.
- **Public-Private-Partnerships voranbringen:** Die Zusammenarbeit von Forschung an den Hochschulen und industrieller Forschung muss verstärkt werden. Dazu müssen die bisherigen Hürden, dass zum Beispiel universitäre Forscherinnen und Forscher nicht gemeinsam in einem Labor arbeiten können, überwunden werden. Gerade durch das Zusammenspiel von wissenschaftlichen Einrichtungen und industrienaher Forschung können neue innovative Produkte und Verfahren entstehen. So sollten zum Beispiel gemeinsame Projekte von Hochschulen und Forschung besser und umfassender gefördert werden. So kann es gelingen, Forschung an den Hochschulen stärker an eine umsetzungsorientierte Form heranzuführen und die industrienahe Forschung mit neuem Know-how und Innovationen auszustatten.
- **VC-Finanzierung stärken:** Pharmazeutische Produkte und Medizinprodukte haben zum Teil lange Forschungs- und Zulassungsverfahren. Dies führt häufig dazu, dass innovative Produkte und Verfahren vor dem Problem ihrer Finanzierung angesichts langer Forschungszyklen stehen. Dieses Death Valley muss überwunden werden. Die Impfstofferforschung und Impfstoffherstellung von BioNTech und CureVac wäre ohne eine zum Teil langjährige Finanzierung durch Venture Capital unmöglich gewesen. Daher müssen Formen der VC-Finanzierung in Deutschland umfassend verbessert werden, damit innovative Unternehmen so finanziert werden, dass sie am Ende auch zu erfolgreichen Ergebnissen in Form von Produkten und Verfahren kommen können.

Ressourcenwende einleiten – Kreislaufwirtschaft aufbauen

Das lineare Wirtschaftsparadigma – auch in Deutschland jahrzehntelang Motor und Garant eines zunehmenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstands – gerät zunehmend unter ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Legitimationsdruck.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen bisherige Politiken überprüft und um eine weitere Säule ergänzt werden. Deutschland und Europa müssen die Ressourcenwende einleiten. Dabei müssen Wirtschaft und Gesellschaft den Weg von der linearen zu einer zirkulären Wirtschaftsordnung gehen.

Zu oft herrscht heute in der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte das Missverständnis vor, *Kreislaufwirtschaft* sei in erster Linie *Abfallwirtschaft*. Richtig ist, dass eine integrierte Kreislaufwirtschaft den gesamten Lebenszyklus aller in Industrie, Handel und im Gebäudesektor eingesetzten Roh- und Wertstoffe in den Blick nimmt. Ziel ist dabei immer die möglichst lückenlose Wiederverwertung von Rohstoffen, ohne dass dabei nachhaltige Lieferketten und industrielle Prozesse der Primärrohstofferzeugung grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dennoch stellt die Kreislaufwirtschaft die zentrale Säule auf dem Weg zu mehr Ressourceneffizienz dar.

Deutschland besitzt heute eine der besten abfallwirtschaftlichen Infrastrukturen weltweit und auch bei den Recyclingquoten befindet sich Deutschland global in der Spitzengruppe. Gleichzeitig kommt die deutsche Wirtschaft auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft nicht voran. So stagniert der zentrale europäische Indikator für den Fortschritt der Kreislaufwirtschaft, die *Circular Material use rate* (CMRU), seit 2010 auf einem Niveau von elf bis zwölf Prozent. Damit liegt der selbsternannte »Recyclingweltmeister« Deutschland unter dem EU-weiten Durchschnittswert. Gegenüber den Spitzenreitern Niederlande, Belgien und Frankreich mit Werten von teilweise weit über 20 Prozent ist man bereits weit abgeschlagen. Und auch nationale Kennzahlen spiegeln eine schwache Performance wider: Dem Programm »Ressourceneffizienz« kann mit Blick auf die direkten und indirekten Ressourcenbeiträge entnommen werden, dass in der deutschen Wirtschaft ohne jedes Recycling aktuell lediglich 18 Prozent mehr Primärrohstoffe notwendig würden.

Grund für diese Schere zwischen guten Voraussetzungen und mangelhaften Ergebnissen ist das Fehlen einer konsistenten Kreislaufwirtschaftsstrategie. Stattdessen beobachten wir einen Flickenteppich an teilweise widersprüchlicher Regulierung. Beispielhaft sei auf die Verwertung von Altautos verwiesen: Während Deutschland mit Blick auf die Verwertungstechnologien und den notwendigen Anlagenbau international führend ist und so im Bereich der Altfahrzeuge eine hervorragende Verwertungsquote von 95,7 Prozent erreicht wird, gelangen derzeit nur rund 17 Prozent der abgemeldeten Fahrzeuge überhaupt in den Verwertungskreislauf. Der allergrößte Teil wird in EU-Staaten exportiert. Insbesondere mit Blick auf den immer weiter zunehmenden Anteil von batterieelektrischen Fahrzeugen und der absehbar problematischen Liefer- und Rohstoffsituation von Batteriezellen eine nicht hinnehmbare Situation. Ähnlich problematische Ressourcenverluste können etwa auch im Baugewerbe und bei Verpackungsmaterialien beobachtet werden.

Wir sind der Überzeugung, dass Kreislaufwirtschaft und Ressourcenwende keine rein umweltpolitischen Fragen sind. Als Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Industrie zielen sie auf den Kern moderner Wirtschaftspolitik. Kreislaufwirtschaft vereint als übergeordnetes Narrativ Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Dementsprechend wird die Ressourcenwende nicht durch ordnungspolitische Maßnahmen allein erreicht werden. Auf dem Weg zu einer effizienten Kreislaufführung steht zuvorderst die Industrie selbst in der Verantwortung. Es ist ein industriepolitischer Ansatz anzustreben, der Produzentenverantwortung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette anreizt und begleitet.

Dabei auftretende Zielkonflikte und Widersprüche müssen durch eine konsistente und langfristige Kreislaufwirtschaftsstrategie ausgeglichen werden, um alle wirtschaftlichen Akteure in eine zirkuläre Zukunft zu überführen. Dazu fordern wir einen langfristigen, strategischen Entwicklungsrahmen mit ganzheitlichem Ansatz (Umwelt, Steuer, Finanz, Industrie, Handel, Bildung). Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in fast allen wirtschaftlichen Bereichen, der von der Politik mit den im Folgenden dargestellten Maßnahmen begleitet werden sollte.

Im Zentrum einer »Produzentenverantwortung 2.0« muss dabei das Verständnis stehen, dass in den heute verarbeiteten Rohstoffen der zentrale Input für die Rohstoffe von morgen steckt. Produkte müssen von Grund auf kreislauffähig designet werden.

Förderung eines Marktes für Sekundärrohstoffe

- **Öffentliche Beschaffung:** Der öffentliche Sektor ist über die öffentliche Beschaffung und über öffentlich finanzierte Bau- und Infrastrukturvorhaben einer der größten Nachfrager nach Produkten der Grundstoffindustrie. Die Politik sollte die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft ankurbeln, indem auf allen Ebenen der öffentlichen Hand Mindestquoten für die Nutzung von gebrauchten, wiederaufbereiteten und wiederverwerteten Produkten Teil der Haushaltsplanungen werden.
- **Einführung von Mindesteinsatzquoten und Standardisierungen:** Die Vorgabe ambitionierter und progressiv ansteigender Mindesteinsatzquoten für Sekundärrohstoffe waren in der Abfall- und Recyclingwirtschaft bereits in der Vergangenheit Innovationstreiber.

  Um den Sekundärrohstoffmarkt in allen Wirtschaftsbereichen und insbesondere in der Grundstoffindustrie anzuschieben, setzen wir uns für zeitlich befristete Mindesteinsatzquoten ein. Diese müssen klar formuliert und zeitlich eindeutig begrenzt werden, um die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit zu bieten. Im Anschluss sollte ein europäisches Handelssystem für den Rezyklateinsatz in der Industrie als effiziente, marktorientierte Lösung eingeführt werden. So können unterschiedliche Vermeidungskosten beim Einsatz von Primärrohstoffen berücksichtigt und industrielle Wertschöpfung in der Circular Economy geschützt werden.
- **Realistische Bilanzierung von Ressourcen zur Schaffung eines *level-playing-fields*:** Im Vergleich zum Umgang mit Sekundärrohstoffen werden die Gewinnung, der Transport und die Aufbereitung heute nicht in die CO_2-Bilanzierung der meisten Primärrohstoffe miteinbezogen. Dadurch entsteht in den allermeisten Fällen der falsche Eindruck, die Nutzung von Primärrohstoffen sei klima- und umweltfreundlicher. Bei der CO_2-Bilanzierung von Primär- und Sekundärrohstoffen müssen zwingend alle Wertschöpfungsstufen und Verfahrensschritte miteinbezogen und transparent dargestellt werden. So wird ein level-playing-field auf dem Rohstoffmarkt geschaffen und die bereits heute bestehenden Vorteile von Sekundärrohstoffen betont.
- **Abfallexporte reduzieren:** Durch (illegalen) Export entgehen der europäischen und deutschen Wirtschaft große Mengen wertvoller Rohstoffe. Die gängige Praxis des Exports von Altprodukten bremsen außerdem Anstrengungen im Bereich des Designs for Recycling aus. Diese Praxis muss durch eine konsequente Umsetzung europarechtlicher Exportregelungen und deren Kontrolle unterbunden werden. Exporte von wertvollen Rohstoffen gilt es auf ein Minimum zu reduzieren.

»Entfesselungspakt Kreislaufwirtschaft«

Ziel muss es sein, bisherige Regularien zu harmonisieren und sie auf Hemmnisse hin zu untersuchen, die heute den Einsatz von Produkten und Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft einschränken oder ihre Geschäftsmodelle verhindern. Dazu gehört unter anderem auch die Kopplung der Höhe von Subventionen bei Primärrohstoffen – etwa die Befreiung von der EEG-Umlage sowie der Mineralölsteuer für Kunststoffhersteller – an Vorgaben bzw. Anreize zum substituierenden Einsatz von Rezyklaten im Rahmen des stofftechnisch und -rechtlich Zulässigen. Außerdem sollten aktuelle Einschränkungen durch umweltrechtliche Vorgaben, etwa für den Einsatz von Ersatzbaustoffen, auf den Prüfstand gestellt werden.

Koordinierter Einsatz europäischer Förder- und Technologiemittel

Im Rahmen des *European Green Deals* und des *Circular Economy Action Plan* stehen mehrere Milliarden Euro zur Förderung der nachhaltigen Transformation zur Verfügung. Wir unterstützen nachdrücklich Bestrebungen, möglichst viele Mittel für die Etablierung einer zirkulären Wirtschaft einzusetzen. Der Einsatz von Fördermitteln sollte sich dabei am Grundsatz der Innovations- und Technologieoffenheit orientieren. Gleichzeitig muss im Sinne der klimagerechten Transformation der Wirtschaft darauf geachtet werden, dass nur solche Recyclingprozesse gefördert werden, die gegenüber Primärrohstoffen nachweislich einen geringeren CO_2-Fußabdruck aufweisen.

Entscheidend ist in jedem Fall der koordinierte und abgestimmte Einsatz von Förder- und Technologiemitteln. Wir begrüßen daher Initiativen der deutschen Industrie, eine gemeinsame, sektorenübergreifende Plattform zu etablieren, auf der Vorgehen, Perspektiven und Chancen auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft diskutiert werden.

Innovationen und Investitionen als zentrale Bausteine der Transformation

Neben der Frage der inhaltlichen Ausgestaltung der Transformation in wesentlichen Wirtschaftsbereichen ist auch die Frage der einzusetzenden investiven Mittel von entscheidender Bedeutung. Um den drängenden nachhaltigen und technologischen Wandel zu gestalten und dabei die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland aufrechtzuerhalten und auszubauen, braucht es kurzfristig wie langfristig umfangreiche Innovationen und Investitionen.

Der Finanzbedarf zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist immens. Allein zur Erreichung der Klimaschutzziele rechnet die Deutsche Bank mit einem sektorübergreifenden Investitionsbedarf von mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr. Unternehmen können diese notwendigen Investitionen jedoch nicht allein aus eigenen Mitteln bewältigen.

Zur Finanzierung von Innovation und Transformation und zur Verbesserung der veranschaulichten Finanzierungsproblematik sind gemeinschaftliche Anstrengungen von staatlicher wie privater Seite entscheidend. Es braucht staatliche Finanzierungsinstrumente wie engagierte private Kapitalgeber, flankiert von klugen Rahmenbedingungen, welche Innovations- und Transformationsfinanzierung fördern. Hierbei muss staatliches Kapital vor allem auch zum Zweck der Mobilisierung privaten Kapitals eingesetzt werden.

Die bisherige Förderpolitik des Bundes muss dringend auf den Prüfstand gestellt und umfassend evaluiert werden. Zu Förderschwerpunkten existieren zahlreiche Förderprogramme in unterschiedlichen Ressorts, ohne dass diese aufeinander abgestimmt sind, und ohne dass Zusatznutzen für die Entwicklung von neuen Verfahren, Produkten und Innovationen das Ergebnis ist. Es ist in Deutschland ein regelrechter Förderdschungel entstanden, dessen Ausmaß kaum noch jemand überblickt und dessen Leistungsfähigkeit nicht überprüft wird.

Die Förderantragsverfahren sind bürokratisch und zeitintensiv, erhebliche Mittel fließen dabei vor allen Dingen in das Reporting über den Stand der Projekte, statt in notwendige Investitionen für die angestrebten Innovationen. Das kostet Zeit und Geld und lähmt die Innovationskraft, manchmal sogar die Bereitschaft, auf Fördermittel überhaupt zuzugreifen.

Darüber hinaus sind die Fördersummen häufig so gering, dass die Projekte meist über das Stadium von Teil-F&E- oder Modellprojekten nicht hinauskommen. Deutschland ist Weltmeister bei Modellprojekten, die aber nicht zu notwendigen hochskalierten Investitionen führen. Dieses Vorgehen wird für die Notwendigkeiten und Investitionsvolumina der Transformation nicht ausreichen.

Notwendig ist vielmehr ein Zusammenspiel von staatlicher Anschubfinanzierung, der Verbesserung und Incentivierung privater Investitionen, eine Stärkung des VC-Markts und die Verbesserung der Möglichkeit zu IPOs (Börsengängen), um die Finanzierungsbedarfe in den nächsten Jahren zu realisieren.

Um Innovation und Wachstum zu fördern, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und zukunftsfeste Arbeitsplätze zu schaffen, braucht es unter anderem einen hohen Einsatz von Finanzmitteln in der Wachstumsphase neu gegründeter Unternehmen. In Deutschland und Europa besteht jedoch ein deutlicher Mangel an Wagniskapital.

Ein Blick in die USA veranschaulicht den Rückstand. Während 2017 in Deutschland circa 1,1 Milliarden Euro oder 0,035 Prozent des BIP an Wagniskapital von Venture-Capital-Gesellschaften investiert wurden, wurden zur selben Zeit in den USA 63,8 Milliarden Euro an Wagniskapital investiert, was einem BIP von 0,371 Prozent entspricht.

Der Digitalverband Bitkom hat im vergangenen Jahr über 200 Startup-Unternehmen zu ihrem Finanzbedarf befragt. Nur zehn Prozent der Unternehmen gingen von einem gesicherten Kapitalzufluss aus. 69 Prozent der Befragten unterstrichen, dass es in Deutschland zu wenig Venture Capital gibt.

Venture-Capital Fonds haben häufig ein zu geringes Volumen, um kapitalintensive Technologien (z. B. im Bereich der Biotechnologie) bis zur Marktreife zu finanzieren. Eine weitere Konsequenz der Volumengröße ist, dass Angebote für Finanzierungen von mehr als 20 Millionen Euro fehlen und damit ein zusätzlicher Baustein für Wachstumsfinanzierung in Deutschland. Wird diese Lücke nicht geschlossen, wird der Trend zu Abverkäufen innovativer und zukunftsträchtiger Startups und Unternehmen in das Ausland weiter anhalten oder sogar noch zunehmen.

Deutschland und Europa brauchen in den nächsten Jahren eine neue Finanzarchitektur für die Transformation unserer Wirtschaft, um Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu verbinden. Notwendig ist ein dritter Weg zwischen dem US-System, mit einer breit verankerten VC- und Aktien-Kultur und globalen Digitalunternehmen mit enormen Investitionsmöglichkeiten, und dem chinesischen Modell des Staatskapitalismus, mit einer Kombination aus langfristigen politischen Zielen und Projekten und deren Finanzierung durch den Staat und/oder staatliche Banken.

In Deutschland und Europa muss ein System entwickelt werden, das staatliche Anschubfinanzierung und Markteinführungsprogramme mit Incentivierungen privater Investitionen und einer Verbesserung von VC- und Private-Equity-Finanzierung miteinander verbindet. Ein solches duales Finanzierungssystem ist der Schlüssel, um die enormen Finanzierungsbedarfe in den nächsten Jahren zu realisieren.

An dieser Stelle kommt es auf konkrete Ideen und Reformvorschläge an. Die folgenden Empfehlungen sollen hierzu einen Beitrag leisten:

- **Einrichtung eines Transformationsfonds:** Um die Transformationsaufgaben in den Bereichen der Dekarbonisierung und Digitalisierung zu realisieren, ist ein staatlicher Transformationsfonds mit einem Volumen von 45 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten zehn Jahre von entscheidender Bedeutung. Dieser Fonds soll Investitionen unterstützen, die Steigerung von Betriebskosten im Rahmen von Transformationserfordernissen abfedern und notwendige Infrastrukturmaßnahmen bis Blick auf die kommenden Jahrzehnte unterstützen. Ein solcher Fonds könnte in einer speziellen Finanzierungsfazilität angesiedelt und realisiert werden.
- **Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern:** Um die Transformation in den nächsten Jahren zu bewältigen, muss der übergroße Anteil der investiven Mittel aus dem privaten Sektor kommen. Damit dies gelingt, brauchen Unternehmen vor allen Dingen Klarheit und Sicherheit über die zukünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Klarheit über die Frage welche Incentivierungen für die private Investitionen aufgesetzt werden. Dies sollte durch einen intelligenten Mix von Verlustrückträgen, Sofortabschreibungen und Investitionszulagen erfolgen.
- **Reform des europäischen Beihilfe- und Wettbewerbsrechts:** Die Transformation erfordert in den nächsten Jahren hoch-skalierte Investitionen. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen scheitern häufig am europäischen Beihilferecht. Daher muss das Beihilferecht so verändert und angewendet werden, dass auch Großinvestitionen möglich sind. Die Transformation braucht neue Ökosysteme, auch in Form der vorwettbewerblichen Kooperation von großen Unternehmen zur Entwicklung von Innovationen, Technologien und Verfahren. Damit dies möglich ist, muss das europäische Wettbewerbsrecht eine gute Balance zwischen Marktförderung und Marktschutz finden. Unternehmen müssen für die Transformation abgesichert zusammenarbeiten dürfen und können, ohne dass sie Kartellverfahren befürchten müssen.
- **Eine investitions- und innovationsorientierte Anhebung des CO_2-Preises:** Preissignale sind für die nachhaltige Transformation ein wichtiges Steuerungselement. Dabei gilt es zu beachten, dass die Anhebung des CO_2-Preises sich daran orientiert, dass sie Investitionen und Innovationen fördert, die Unternehmen nicht überbelastet und die soziale Balance für die Bürgerinnen und Bürger gesichert bleibt. Wir begrüßen, dass die Einnahmen aus den CO_2-Preisen vorrangig dafür verwendet werden, soziale Belastungen bei Energie-, Wärme, und Mietpreisen aufzufangen.
- **Neue Finanzierungsinstrumente verstetigen:** Im Rahmen der Covid-19 Pandemie sind einige neue Finanzierungsinstrumente aufgesetzt worden. Solche Ansätze sollten verstetigt werden. Ein konkretes Beispiel zur potenziellen Verstetigung ist das Globaldarlehnsmodell aus der Säule II der zwei Milliarden Euro COVID-19 Startup-Hilfen der Bundesregierung. Das Programm, welches von den Landesförderinstituten durchgeführt wird, beinhaltet eine KfW-Förderung von Unternehmen, die keine Venture Capital Beteiligung haben. Unterstützt wird hier sowohl durch Beteiligungsfinanzierung als auch Mezzaninefinanzierung.
- **Bereitschaft zur Vergabe von Wagniskapital von Kapitalsammelstellen und Co. gezielt stärken:** Kapitalsammelstellen (beispielsweise Banken und Versicherungen), Stiftungen und Family Offices investieren nur sehr geringfügig im Venture Capital

Bereich. Neben der Komponente Sicherheit, ist die Regulierung des Versicherungs- und Bankensektors, unter anderem durch das europäische Aufsichtsregime Solvency II und Basel III, der entscheidende Grund hierfür. Da für Aktienanlagen, Private Equity oder Venture Capital ein hoher Anteil an Eigenkapital vorgehalten werden muss, sind diese sog. Alternative Investments als Kapitalanlage für Kapitalsammelstellen schlichtweg unattraktiv. Barrieren müssen gezielt abgebaut und regulatorische Anlagerestriktionen gelockert werden, um Investitionen von Kapitalsammelstellen angemessen umsetzen zu können. Es müssen Anreize geschaffen werden, um die Risikobereitschaft dieser Investorengruppe zu erhöhen. Nicht zuletzt braucht es ausreichend Anlagemöglichkeiten für Investorinnen und Investoren.[3]

- **Leuchtturmprojekte aktiver bewerben und politisches Bekenntnis zur Wachstumsfinanzierung:** Die Startup-Szene in Deutschland kann mit innovativen Erfolgsbeispielen aufwarten. Das Potenzial und die Erfolge dieser Leuchtturmprojekte werden jedoch zuweilen nicht genutzt, um unter anderem auch auf die industrielle Stärke Deutschlands hinzuweisen. Erfolgsgeschichten sollten intensiver verbreitet werden, um auf vorhandene Potentiale aufmerksam zu machen und weiteren Bedarf zu schaffen. Hierzu ist es ebenso wichtig, dass sich politische Akteure positiv zur Startup-Szene und zur notwendigen Finanzierung durch Risikokapital äußern und mit Überzeugung entsprechend handeln.
- **Finanzierungsumfeld für Börsengänge verbessern:** Derzeit werden viele innovative und erfolgreiche Startups ins Ausland verkauft. Neben dem Exit über den Verkauf eines Unternehmens, ist auch ein Börsengang (IPO) eines Unternehmens möglich, um sich weiterhin zu finanzieren. Börsengänge junger Unternehmen sind in Deutschland jedoch bisher die Ausnahme. Ein attraktiveres Finanzierungsumfeld für Börsengänge würde diesen Weg erleichtern und so die Entstehung potenzieller Weltmarktführer und Industriecluster zumindest befördern und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands festigen. Zwei zusätzlich Effekte sind zu erwarten: Ein IPO schafft Anreize für zusätzliche Investitionen, indem erfolgreiche Börsengänge Investoren motivieren, sich frühzeitig an Finanzierungsrunden zu beteiligen. Zudem sind es gerade die börsennotierten Startups, die Interesse am Kauf kleinerer Startups haben. Auf diese Weise kann die Gefahr eines Verkaufs an ausländische Investoren abgemildert werden. Um eine höhere Attraktivität zu erreichen, sollten Anforderungen an Börsengänge vereinfacht werden, wie auch die IPO- und Aktienanlage von institutionellen Anlegern (z.B. Lebensversicherungen). Darüber hinaus bedarf es auch hier an positiven Beispielen und deren Bewerbung. Dabei müssen klare Transparenzanforderungen definiert und ein Schutz der Verbraucher sichergestellt werden.
- **Ausbau kapitalgedeckter Altersvorsorge:** Mit dem Ausbau der kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Altersvorsorge und dem wünschenswerten zukünftigen Zugang der gesetzlichen Rentenversicherung zum Wertwachstum des Aktienmarktes können gleich zwei positive Effekte erreicht werden. Bürgerinnen und Bürger wird eine verstärkte Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg deutscher Unternehmen ermöglicht, die zugleich eine entstehende Rentenlücke abmildert. Die zweite, und in diesem Zusammenhang entscheidende Konsequenz ist, dass Unternehmen durch die Bindung der deutschen Sparkraft zusätzliches Kapital zur Finanzierung der Transformationsaufgaben zur Verfügung stünde. Mit der Zielsetzung langfristige Einlagen zur Ansparung für die Altersversorge anzuziehen, können langfristige Anlagestrategien gewählt werden, welche zur Investition von Innovationen und Transformationsaufgaben herangezogen werden können.

3 Siehe auch Acatech – Akademie der Technikwissenschaften (Hrsg.), Achleitner, A.-K.; Braun, R.; Behrens, J.-H.; Lange, T. (2019): Innovationskraft in Deutschland verbessern: Ökosystem für Wachstumsfinanzierung stärken

Geistiges Eigentum wieder in Wert setzen

Wir wollen den Wandel unserer Industriegesellschaft hin zu einer wissensbasierten Industriegesellschaft. Aus vielen Gründen lehnen wir das Zielbild einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft ab. Das bedeutet aber auch, dass Wissen und Kreativität in der Zukunft eine weit größere Rolle spielen werden. Dies wird nicht nur durch Erfordernisse der Digitalisierung bedingt, sondern auch durch die klimaneutrale Transformation unserer Wirtschaft und durch die wachsende Rolle von Bildung und Wissensarbeit gerade auch in industriellen Berufen. Die vollständig veränderten klimaneutralen Produkte werden auch durch kreative Produktgestaltung, neue Features und Design überzeugen müssen – die Digitalisierung hat an vielen Stellen vorgemacht, wie man Verbraucher für die Transformation begeistern kann.

Zugleich haben wir erlebt, dass in den vergangenen 20 Jahren eine schrittweise Entwertung von Wissen und geistigem Eigentum stattgefunden hat. Gerade das Internet und seine Mentalität des kostenlosen Angebots hat reichweitenorientierte Geschäftsmodelle begünstigt und zugleich geistiges Eigentum, insbesondere in kreativen Berufen, vernichtet oder relativiert.

Die Wirtschaft in Deutschland und Europa aber verfügt im Vergleich zu anderen führenden Industrie- und Wirtschaftsnationen nur eingeschränkt über wertvolle Ressourcen und Rohstoffe. Mehr denn je wird daher Wissen, Bildung und Kreativität die wichtigste Ressource der europäischen Industrie sein. Daher muss Europa im globalen Wettbewerb daran gelegen sein, dem geistigen Eigentum wieder einen angemessenen Wert zuzuweisen und es entsprechend zu schützen. Das gilt für Urheberrechte ebenso wie für Lizenzrechte. Hierfür muss Europa in den kommenden Jahren einheitliche Regelungen schaffen. Urheber müssen in der Durchsetzung ihrer Verwertungsansprüche gestärkt und den Rechteinhabern und Rechteverwertern eine starke Rolle auch gegenüber monopolartigen Anbietern im Markt eingeräumt werden. Zugleich muss aber auch betont werden, dass Nutzerinnen und Nutzer, gerade wenn sie selbst schöpferisch im Internet tätig werden, sich nicht auf rechtliche Unwissenheit berufen können, sondern aktiv an einem komplexen Gebilde von Rechten teilnehmen.

Jüngste Forderungen nach Freigabe von Patentrechten im Bereich der Impfstoffherstellung zeigen, wie fragil ein wissenschaftlich-technologischer Vorsprung bspw. bei der mRNA-Technologie gegenüber anderen Standorten sein kann, wenn Patentrechte politisch in Frage gestellt werden. Bundesregierung und europäische Kommission tun daher gut daran, diese Rechte zu verteidigen.

Um in der bevorstehenden Transformation proprietäre Lösungen und fehlende Interkonnektivität durch Design zu vermeiden, bedarf es klarer Standards und Normungen gerade an Schnittstellen (zwischen Hard- und Software). Darum ist die systematische Weiterentwicklung des deutschen und europäischen Normungsrechts wichtig für den Standort.

Sicherheit durch Wandel und Sicherheit im Wandel

Gesellschaftliche Debatten und regulative Entscheidungen der Politik treiben in Europa eine ökonomische Transformation voran, denen naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum menschengemachten Klimawandel zugrunde liegen. Und das ist gut so. Wo bisher Märkte, Produktionsbedingungen, Konsumentenentscheidungen, technologische Entwicklungen oder disruptive Geschäftsmodelle Umbrüche und Transformationen auslösten, sind jetzt die Politik und die sie tragenden gesellschaftliche Gruppen der wesentliche Treiber der Entwicklung. Das Ziel ist es dabei, wissenschaftlichen Erkenntnissen der Klimaforschung Rechnung zu tragen und die globalen, europäischen und nationalen Klimaziele zu erreichen.
Denn eines ist klar: Die planetaren Grenzen sind nicht verhandelbar. Die Erfüllung der Klimaziele muss deshalb das gemeinsame Ziel aller Staaten sein. Mit Sorge beobachten wir, dass europäische Klimapolitik aktuell nicht Blaupause im Rest der CO_2 emittierenden Welt ist.
Deutschland hat in den letzten 20 Jahren einen hohen Anteil der eigenen Wertschöpfung investiert, um in Fragen der Klima- und Energiewende führend in der Welt zu sein. Viele Technologien und viele Ideen zur Reduktion von CO_2 oder zur Entwicklung neuer Produktionsweisen stammen aus Deutschland. Schätzungen gehen davon aus, dass Deutschland einen Wettbewerbsvorsprung von acht bis zehn Jahren in diesen Technologien und Märkten hat. Die Welt hat in der Coronakrise gezeigt, dass selbst ein globaler Verzicht auf Mobilität und Produktion nicht ausreicht, um nachhaltig Klimaneutralität zu erreichen. Daher ist unstrittig: Klimaneutralität ist in erster Linie ein enormes Innovations- und Technologieprojekt. Dies erfordert gleichermaßen eine bedeutende Kraftanstrengung in der Industrie wie in Forschung und Entwicklung.

Darum ist ebenso klar: Nur mit einer strategisch angelegten Industriepolitik werden wir in der Lage sein, eine klimaneutrale Gesellschaft in Europa zu erreichen und die Grundlagen für die entsprechenden technologischen Entwicklungen in anderen Teilen der Welt zu legen.

Als Wirtschaftsforum der SPD haben wir aber in gleichem Maße die gesellschaftlichen Folgewirkungen dieser Transformationen im Auge. Sozialdemokratische Klimapolitik muss die gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne einer gerechten und fairen Gesellschaft beeinflussen, ohne die Geschwindigkeit der technologischen Transformation zu bremsen. In den letzten beiden Dekaden hat unsere Gesellschaft eine zunehmende Spaltung zwischen einer neuen und der alten Mittelschicht erlebt. Während erstere überwiegend in den urban verdichteten Räumen der Groß und Universitätsstädte leben, also dort wo sich die Wissenscluster ansiedeln, leben zweitere eher in den Außenbezirken, in klassischen Industriestädten wie Wolfsburg oder Ingolstadt bzw. in den umgebenden ländlichen Regionen. Während die neuen Mittelschichten sich in den letzten Jahrzehnten Fähigkeiten angeeignet haben, die es ihnen erlauben in Berufen tätig zu sein, die auf Kreativität und Agilität setzen, sind die alten Mittelschichten in Berufen beheimatet, die auf erlerntes Wissen und vor allem Erfahrung setzen. Die alten Mittelschichten haben in den letzten Jahren erlebt, wie ihr Wissen und ihre Erfahrung nicht nur ökonomisch unter Druck geraten sind, sondern auch wie ihr Wissen samt ihrer Lebensstile abgewertet und zunehmend kulturell stigmatisiert wurden.

Es besteht die reale Gefahr, dass eine allein auf Klimaziele orientierte Politik die sozialen und ökonomischen Grundlagen dieser alten Mittelschicht gefährdet und auch die unteren Mittelschichten massiv unter Druck setzt. Insbesondere da diese Politik an vielen Stellen industrielle Beschäftigungsverhältnisse in Frage stellt. Die daraus resultierende soziale Spaltung und Abstiegsbedrohung großer Teile der Gesellschaft ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die drohende kulturelle Ausgrenzung, die entstehen wird, wenn Lebensstile in »gut« oder »schlecht« eingeteilt, »Flugscham« oder der Ausstieg aus der »automobilen Gesellschaft« gepredigt oder generell Wachstum als Gegner ausgemacht werden.

Europa soll der Kontinent des Einstiegs in neue Technologien und Branchen sein, nicht der Ausstiege – Europa braucht eine Europäische Gemeinschaft für Wasserstoff und Erneuerbare Energien.

Sozialdemokratische Politik muss daher einen Paradigmenwechsel in der Debatte vornehmen: Nicht Ausstiege aus Technologien oder aus Energieträgern, Ausstiege aus Infrastrukturen oder aus individueller Mobilität sind für sozialdemokratische Politik bestimmend. Wir wollen die Debatte um die Einstiege führen: Die Einstiege in Technologien wie neue Produktionsweisen, Wasserstoff, grüne Gase oder neue Antriebssysteme. Damit rückt eine aktive Industriepolitik in den Fokus der sozialdemokratischen Energie-, Mobilitäts-, Wärme- und Klimawende.

Der **»Green Deal«** der EU muss zu einem **»Social Green Deal«** werden, dann bietet er die Chance, diese Grundsätze neu zu diskutieren und darüber zu verändern, insbesondere die deutsche Stromwende ehrlich zu evaluieren und so das wenig effiziente deutsche Effizienzdiktat zu überwinden. Beispielweise werden und müssen wir nicht unsere Altstädte abreißen und überall Passivhäuser bauen, um klimaneutral zu werden. Sozialdemokratische Industrie- und Energiepolitik muss europäisch sein, die bisher stark national geprägte Vorgehensweise kommt jetzt an ihre Grenzen. Die Anfänge der Europäischen Union waren von der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EKGS) geprägt. Heute braucht es eine neue gemeinsame Idee, die *Europäische Gemeinschaft für Wasserstoff und Erneuerbare Energien*. Denn dies wird die Grundlage der gemeinsamen europäischen Transformation sein.

Dennoch wird es Verlierer und Gewinner dieses Transformationsprozesses geben. Dies lässt sich nicht verhindern. Entscheidend ist für uns, ob den Menschen, betroffenen Regionen und den Unternehmen die Zeit zur Anpassung, die Sicherheit über die eigene Zukunft gegeben wird oder ob sie im Zweifel in eine existentielle Krise gestürzt und darin allein gelassen werden. Daher benötigt es einen Ort, an dem »Politik« die Zukunftsfragen, die Frage nach Gewinnern und Verlierern, die Folgen der Transformation und ihrer Ausgleichsmöglichkeiten bespricht und daraus folgend über notwendige Investitionen, Förderhilfen, Regionalprogramme, Beschäftigten-Transferhilfen und deren Finanzierung verhandelt werden.

Die Fortschreibung des Bisherigen wird nicht ausreichen, der Status quo ergibt keine Zukunft mehr. In einer Welt der ökonomischen Krise und des ökonomischen Wandels brauchen wir auch einen Wandel von Politiken, Ideen, Instrumenten und Debatten.

Die Zeit ordnungspolitischer Grundsatzdebatten muss ein Ende haben. Sie haben ohnehin nie der ökonomischen Realität entsprochen. Industriepolitik ist keine Frage des »ob«, sondern des »wie«. Die Frage heute lautet: Ist diese heute noch angemessen zukunftsfähig und ist sie in der Lage, die notwendigen Transformationen und Innovationen zu unterstützen? Dabei geht es um ein intelligentes Zusammenspiel von staatlichen Instrumenten, privatwirtschaftlichen Initiativen und eine Konzentration auf Leitmärkte und Schlüsseltechnologien für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

Wir brauchen einen dritten Weg zwischen der US-amerikanischen und der chinesischen Wirtschaftsstruktur und -kultur, eine koordinierte, kooperative Industriepolitik mit staatlichen Impulsen, intelligenten Rahmenbedingungen, öffentlichen Investitionen und europäischen Plattformen für die vorwettbewerbliche Zusammenarbeit von Unternehmen in Schlüsselbranchen. Eine solche integrale Industriepolitik muss endlich in Europa auf den Weg gebracht werden, sonst wird Europa den Standortwettbewerb im nächsten Jahrzehnt nicht bestehen können. **Notwendig ist eine Politik der Sicherheit durch Wandel und der Sicherheit im Wandel.**

Impressum

Herausgeber	**Wirtschaftsforum der SPD e.V.** vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
V.i.S.d.P.	Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer
Anschrift	Dorotheenstraße 35 10117 Berlin
Telefon	+49 (0)30 400 40 660
Fax	+49 (0)30 400 40 666
E-Mail	mail@spd-wirtschaftsforum.de
Internet	spd-wirtschaftsforum.de
Gestaltung und Satz	Anette Gilke, Hannover
	Juni 2021